

Erscheint wöchentlich 2 mal in Leipzig.  
 Bestellungen nehmen alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- und Auslandes an.  
 Für Leipzig nehmen Bestellungen an: die Expedition, Hohe Str. 4. A. Bebel, Petersstr. 18, F. Thiele, Emilienstr. 2.

# Der Volksstaat

**Abonnementpreis:**  
 für Preußen incl. Stempelsteuer 17 Sgr., für die übrigen deutschen Staaten 12 1/2 Sgr. per Quartal, per Monat 4 1/2 Sgr., für Leipzig und Umgegend per Quartal 13 Sgr.  
 Filial-Expedition für die Vereinigten Staaten:  
 F. A. Sorge, Box 101  
 Hoboken N. J. via New York

Organ der sozial-demokratischen Arbeiterpartei und der Internationalen Gewerkschaften.

**Abonnements auf den „Volksstaat“**  
 für die Monate August und September, à 4 1/2 Sgr. pr. Monat, werden bei allen Postanstalten, für Leipzig bei der Expedition Hohestraße 4, wie Petersstraße Nr. 18, und bei Kolporteur Müller, für die Umgegend Leipzigs bei den Filial-Expeditionen in Volkmarzdorf, Flagwitz entgegen genommen.  
**Die Expedition des „Volksstaat“.**

**An die Parteigenossen!**

Alle Anträge zum Congreß sind an den Unterzeichneten einzusenden.  
 Hamburg. Th. Jora.  
 Amandastr. 44.

**Anträge zum Congreß.**

- 5) Hempel (Dresden): Der Congreß wolle beschließen: „Die Unterstützung der Gemäßigten in der Weise zu ordnen, daß dieselbe nur durch Vermittlung des Ausschusses stattfinden hat. Es sind deshalb sämtliche Parteigenossen zu verpflichten, die zu diesem Zwecke gesendeten freiwilligen Beiträge als auch eine etwaige besondere Parteisteuer durch Vermittlung der Beitragssammler unter allen Umständen an den Ausschuss einzusenden.“
- 6) Scheu (Dresden): „Der Congreß wolle sich über die Ansicht der Versammlung der soc.-dem. Partei zu Dresden am 24. Juli 1872 äußern, wonach diese beschloß, dem Aufrufe des Ausschusses (v. 15. Juni 1872) zur Unterstützung der Gemäßigten zu entsprechen, wogegen sie aber erwartet, daß der Ausschuss von nun an Sorge für die Dresdner Gemäßigten (auch die des „Volksboten“) und deren Familien übernimmt.“
- 7) Louis Eckstein (Dresden): „Der Congreß möge beraten, auf welche Art der Ausschuss sich mit den Verwaltungen und Redaktionen der Localblätter in Verbindung setzen solle, um für die Partei Vorteile zu erzielen.“
- 8) Dresdener Mitgliedschaft: „Der Congreß wolle den Ausschuss beauftragen, für einheitliche Organisation der Agitation Sorge zu tragen; und zwar bereit, daß Reisekosten und Diäten der Agitatoren durch den Ausschuss bezahlt werden, wogegen der Reinertrag der in den betreffenden Versammlungen eingegangenen freiwilligen Beiträge an die Parteiliste einzusenden ist.“

**An die Redaktion des „Volksstaat.“**

In der „Concordia“ vom 4. Juli sucht mir der deutsche Fabrikantenbund zu beweisen, daß seine „Gelehrten“ sich nicht minder trefflich auf Prüfung literarischer Waare verstehen, als er selbst auf Waarenfälschung.

Mit Bezug auf die in der Inauguraladresse der Internationalen angeführte Stelle aus Gladstone's Budgetrede vom 16. April 1863 hatte das Fabrikantenorgan (Nr. 10) gesagt: „Marx hat den Satz formell und materiell hinzugezogen.“

Es erklärte also den Satz nach Form und Inhalt, mit Haut und Haar, für mein Fabrikat. Noch mehr. Es wußte ganz genau, wie ich ihn fabricirt hatte. „Die Thatsache, daß Gladstone“, erbrütete es, „dies u. anführt, benützt Marx, um Gladstone sagen zu lassen u.“ Durch Citat desselben Satzes aus einer vor der Inauguraladresse veröffentlichten Schrift, der „Theory of Exchanges“, legte ich die grobe Lüge des Fabrikantenorgans bloß. Es verschrub darauf, wie es selbst erzählt, die ihm unbekannt Schrift aus London und überzeugte sich von dem Thatbestand. Wie nun sich herauslägen? Man höre:

„Indem wir sagten, Marx habe den fraglichen Satz zur Gladstone'schen Rede hinzugezogen, haben wir weder formell noch materiell behauptet, daß er ihn auch selbst fabricirt habe.“

Hier findet offenbar eine dem Fabrikantenverband eigentümliche Begriffsverwechslung statt. Wenn der betrügerische Fabrikant z. B., im Einverständnis mit Geschäftsfreunden, Röllchen Band in die Welt schickt, die angeblich drei Dugend, wirklich aber nur zwei Dugend Ellen enthalten, so hat er in der That ein Dugend Ellen hinzugezogen, grade weil er sie „nicht selbst fabricirt hat.“ Und warum sollte es sich mit hinzugezogenen Sähen nicht verhalten wie mit hinzugezogenen Ellen? „Der Geist der großen Mehrzahl der Menschen“, sagt Adam Smith, „entwickelt sich nothwendig aus und an ihren Alltagsverrichtungen“, also auch der Fabrikantengeist.

Vermittelt des „Volksstaat“ hatte ich das Gelehrsamkeitsmaterial des Fabrikantenorgans ausgeweitet, nicht nur durch das Citat der „Theory of Exchanges“, sondern auch der Seiten meiner Schrift „das Kapital“, die Gladstone's Budgetreden betreffen. Es sucht nun aus dem ihm von mir gelieferten Material zu beweisen, daß ich die streitige Stelle nicht aus einer „Londoner Zeitung“ zitiert habe, sondern aus der „Theory of Exchanges“. Die Beweisführung ist ein anderes Muster von Fabrikantenlogik.

Ich erzählte dem Fabrikantenblatt, daß die „Theory of Exchanges“ auf Seite 134 ganz so zitiert, wie ich zitiere, und es entsetzt — daß ich ganz so zitiere, wie die „Theory of Exchanges“ auf Seite 134 zitiert.

Weiter! „Auch die Glossen, welche Marx über den in dieser Lesart enthaltenen Widerspruch an Ihre Wiebergabe knüpft, sind bereits in jenem Buch enthalten.“ Dieses ist einfach gelogen. Ich knüpfte pag. 639 des „Kapital“ meine Glossen an die Worte der Gladstone'schen Rede: „Während die Reichen reicher, sind die Armen jedenfalls weniger arm geworden. Daß die Extreme der Armuth sich vermindert haben, wage ich nicht zu sagen.“ Was ich hierzu bemerkte, ist: „Welch lächerlicher Anticlimax! Wenn die Arbeiterklasse „arm“ geblieben, nur „weniger arm“ im Verhältnis, worin sie „eine berauschende Vermehrung von Reichtum und Macht“ für die Klasse des Eigenthums produzierte, so ist sie relativ gleich arm geblieben. Wenn die Extreme der Armuth sich nicht vermindert haben, haben sie sich vermehrt, weil die Extreme des Reichtums.“ Und diese „Glossen“ stehen wo nirgend in der „Theory of Exchanges.“

„Auch die Glossen... sind bereits in jenem Buch enthalten, namentlich auch das in Note 106 auf S. 640 des „Kapital“ gegebene Citat aus Molière.“

Also „namentlich auch“ citire ich Molière und überlasse den „Gelehrten“ der „Concordia“, auszuspiiren und dem Publikum zu verrathen, daß dies Citat aus der „Theory of Exchanges“ herrührt! In der That aber sage ich Note 106 S. 640 des „Kapital“ ausdrücklich, daß der Verfasser der „Theory of Exchanges“ „die fortlaufenden schreienden Widersprüche in Gladstone's Budgetreden“ durch „folgendes Citat aus Molière charakterisirt.“

Endlich: „ebenso stehen die von Marx zitierten Angaben des London Orphan Asylum über die Vertheuerung der Lebensmittel auf S. 135 jenes Buches, für deren Richtigkeit Marx sich jedoch nicht auf dieses, sondern auf besten Quellen beruft.“ (Siehe „Das Kapital“, S. 640, Note 104.)

Die „Concordia“ vergißt wohlweislich, ihren Lesern zu sagen, daß „jenes Buch“ keine Quellen angiebt. Was wollte sie beweisen? Daß ich dem „Buch“ eine Stelle aus Gladstone's Rede ohne Kenntniß seiner Quelle entnehme. Und wie beweist sie es? Dadurch daß ich eine wirkliche Anführung aus jenem Buch unabhängig von ihm durch die Original-Quellen kontrollire!

Ueber mein Citat aus Prof. Beesly's Artikel in der Fortinghly Review (Novemberfest 1870) bemerkt die „Concordia“:

„Jener Artikel des Prof. Beesly handelt nämlich von der Geschichte der Internationale und ist, wie der Verfasser jedem Fragenden selbst sagt, auf Grundlage von Material geschrieben, das Marx ihm selbst geliefert hat.“

Prof. Beesly sagt: „Niemandem ist der Erfolg der Assoziation so sehr geschuldet, als dem Dr. Karl Marx, der in seiner Kenntniß der Geschichte und der Statistik der industriellen Bewegung in allen Theilen Europas, nach meinem Dafürhalten, keinen Rivalen hat. Ich bin ihm in großem Umfang (largely) für die in diesem Artikel enthaltene Information verpflichtet.“

Alles Material, das ich dem Prof. Beesly lieferte, bezog sich ausschließlich auf die Geschichte der Internationalen und mit keinem Wort auf den Inhalt der ihm seit ihrer Herausgabe bekannten Inauguraladresse. Der Zusammenhang, worin seine obige Bemerkung steht, ließ hierüber so wenig den geringsten Zweifel zu, daß die Saturday Review, in einer Kritik seines Artikels, mehr als andeutet, er selbst sei der Verfasser der Inauguraladresse.\*

Die „Concordia“ behauptet, nicht Prof. Beesly citire die fragliche Stelle aus Gladstone's Rede, sondern führe nur an, „daß die Inauguraladresse jenes Citat enthalte.“ Sehen wir zu.

Prof. Beesly sagt: „Die Adresse ist wahrscheinlich die schlagendste und gewaltigste Darlegung der Sache des Arbeiters gegen die Mittelklasse, die jemals in ein Duzend kleiner Seiten zusammengedrängt worden ist. Ich wünsche, ich hätte Platz für reichliche Auszüge daraus.“ Nachdem er der „fürchterlichen Statistik der Blaubücher“ erwähnt, worauf sich die Adresse bezieht, fährt er fort:

„Von dieser schauerhaften Statistik geht die Adresse über zu den officiellen Angaben über die Einkommensteuer, woraus erhellt, daß das besteuerbare Einkommen des Landes in acht Jahren um 20 pCt. zunahm, „eine berauschende Vermehrung von Reichtum und Macht“, wie Herr Gladstone bemerkte, „ganz und gar beschränkt auf die bestehenden Klassen.“ Prof. Beesly setzt die Worte: wie Herr Gladstone bemerkte außer Anführungszeichen, sagt sie im eignen Namen und beweist eben dadurch der „Concordia“ haarscharf, daß er Gladstone's Budgetrede — nur aus dem Citat der Inauguraladresse kennt! Des deutschen Fabrikantenbundes Londoner Geschäftsfreund, er allein kennt Gladstone's Budgetreden, wie auch er ganz allein weiß: „Leute mit einem Einkommen unter 150 Pfd. St. zahlen nämlich in England keine Einkommensteuer.“ (Siehe Nr. 10 und 27 der „Concordia.“) Dagegen leiden englische

Steuereinnahmer an der fixen Idee, daß selbige Steuer erst bei Einkommen unter 100 Pfd. St. aufhört.

Ueber die streitige Stelle der Inauguraladresse hatte das Fabrikantenblatt gesagt:

„Dieser Satz befindet sich aber nirgends in der Gladstone'schen Rede.“ Ich bewies das Gegentheil durch Citat aus dem Timesbericht vom 17. April 1863. Ich gab das Citat im „Volksstaat“ englisch und deutsch, weil Gladstone's Vertheuerung, er „würde beinahe mit Besorgniß und Pein auf diese berauschende Vermehrung von Reichtum und Macht blicken, wenn er sie beschränkt glaubte auf classes who are in easy circumstances“ — des Commentars bedürften. Mit Berufung auf Walfield erklärte ich, daß die „classes who are in easy circumstances“ — ein Ausdruck, dem kein deutsches Wort genau entspricht — den „eigentlich Reichen“, den „wirklich wohlhabenden Theil“ der bestehenden Klassen bedeuten. Walfield nennt fogar direct die eigentliche Mittelklasse „the uneasy class“, annähernd zu deutsch: „die ungemächliche Klasse.“

Das wiederbe Fabrikantenorgan unterschlägt nicht nur meine Auseinandersetzung. Indem es die von mir citirte Stelle mit den Worten anführt: „So weit citirt Marx die Times“, giebt es seinen Lesern zu verstehen, daß es nach meiner Uebersetzung citirt, während es in der That „classes who are in easy circumstances“, von mir abweichend, nicht mit „wohlhabenden Klassen“ übersetzt, sondern mit „Klassen, die sich in angenehmen Verhältnissen befinden.“ Es traut seinen Lesern noch Verstand genug zu, einzusehen, daß nicht alle Bestandtheile der bestehenden Klasse „wohlhabend“ sind, während es ihnen doch stets als ein „angenehmes Verhältniß“ gilt, Eigenthum zu besitzen. Aber auch in der Uebersetzung meines Citates, wie die „Concordia“ sie giebt, bezeichnet Gladstone den von ihm beschriebenen Fortschritt des kapitalistischen Reichtums als „diese berauschende Vermehrung von Reichtum und Macht“, bemerkt, daß er dabei „gar keine Notiz von der Lage der Arbeiterbevölkerung genommen“, und schließt damit, daß diese „Vermehrung lediglich auf die Klassen beschränkt ist, die Eigenthum besitzen.“ Nachdem der „Gelehrte“ des deutschen Fabrikantenbundes so den Gladstone im Bericht der Times vom 17. April 1863 „formell und materiell“ dasselbe hat sagen lassen, was ich ihn in der Inauguraladresse sagen ließ, schlägt er sich auf die gefinnungsstrogende Hochbrust und poltert: „aber trotzdem — hat Marx die Stirne, in „Volksstaat“ vom 1. Juni zu schreiben: „Formell und materiell erklärte also Herr Gladstone am 16. April 1863 in Unterhaufe, nach dem Bericht seines eigenen Organs, der Times vom 17. April 1863, daß: diese berauschende Vermehrung von Reichtum und Macht ganz und gar beschränkt ist auf Eigenthumsklassen.“ Der „Gelehrte“ des deutschen Fabrikantenbundes weiß offenbar ganz genau, was er seinem Lesepublikum bieten darf!

Ich bemerkte im „Volksstaat“ vom 1. Juni, daß die „Concordia“ ihren Lesern weiszumachen sucht, ich unterschläge in der Inauguraladresse Gladstone's Phrasen über die Hebung der britischen Arbeiterklasse, während ich dort gerade umgekehrt den größten Nachdruck auf den schreienden Widerspruch dieser Declaration mit den amtlich festgesetzten Thatsachen legte. In seiner Antwort vom 4. Juli wiederholt das Fabrikantenblatt dasselbe Manöver. „So weit“, sagt es, „citirt Marx die Times; wir citiren sie weiter.“ Ich hatte ihm gegenüber in der That nur die streitige Stelle zu citiren. Doch sehen wir uns einen Augenblick „das Weiter“ an.

Nachdem Gladstone seinen Hymnus auf die Vermehrung des kapitalistischen Reichtums ausgelesen, wendet er sich zur Arbeiterklasse. Er sagt bei Leibe nicht, sie habe an der „berauschenden Vermehrung von Reichtum und Macht“ theilgenommen. Er fährt, nach dem Timesbericht, vielmehr unmittelbar fort mit den Worten: „Die Vermehrung des Kapitals ist aber von indirektem Vortheil für den Arbeiter u.“ Er tröstet sich ferner damit, „daß, während die Reichen reicher, die Armen weniger arm geworden sind.“ Er behauptet endlich, er und seine bereicherten Parlamentsfreunde „sien so glücklich, zu wissen“, wovon die parlamentarischen Untersuchungen und statistischen Nachweise das Gegentheil wissen, nämlich „daß die Durchschnittslage des britischen Arbeiters sich während der letzten 20 Jahre in einem Grad verbessert hat, von dem wir wissen, daß er außerordentlich ist — und den wir beinahe für beispiellos in der Geschichte aller Länder und Zeiten erklären können.“ Vor Herrn Gladstone waren alle seine Vorgänger im Amt „so glücklich“, in ihren Budgetreden die Schilderung der Zunahme des kapitalistischen Reichtums durch selbstzufriedene Redensarten über die Verbesserung in der Lage der Arbeiterklasse zu ergänzen. Trotzdem straft er sie allusammmt der Lüge, da das tausendjährige Reich erst seit der Einführung der Freihandelsgesetzgebung angebrochen. Doch handelt es sich hier nicht um die Richtigkeit oder Unrichtigkeit der Gladstone'schen Trost- und Congratulationsgründe. Es handelt sich einfach darum, daß von seinem Standpunkt die angebliche „außerordentliche“ Verbesserung in der Lage der Arbeiterklasse durchaus nicht im Widerspruch steht mit der „berauschenden Vermehrung von Reichtum und Macht,

\* Professor Beesly machte mich schriftlich auf dies quid pro quo aufmerksam.

\*) „The middle or uneasy class“ (England and America, London 1833 v. I. p. 185.)

le ganz und gar auf die besitzenden Klassen beschränkt ist. Umgekehrt. Es ist die orthodoxe Lehre der Wortführer des Kapitals — und einer seiner bestbezahlten Wortführer ist Herr Gladstone — daß das probateste Mittel für die Arbeiter, sich selbst wohlzutun, darin besteht, ihre Exploiteurs zu bereichern.

Die schamlose Albernheit oder alberne Schamlosigkeit des Fabrikantenorgans gipfelt in der Versicherung: „Der Bericht der Times giebt nur formell mehr zusammengezogen, was der stenographische Bericht bei Hansard dem Wortlaut nach giebt.“ Man sehe sich nun dieses Bild an und jenes:

I.  
Aus Gladstone's Rede vom 16. April 1863, gedruckt in der Times vom 17. April 1863.

„So steht's mit dem Reichtum dieses Landes. Ich für meinen Theil muß sagen, ich würde beinahe mit Besorgniß und mit Pein auf diese berauschende Vermehrung von Reichtum und Macht blicken, wenn ich sie auf die wirklich wohlhabenden Klassen (classes who are in easy circumstances) beschränkt glaubte. Es ist hier gar keine Notiz genommen von der Lage der arbeitenden Bevölkerung. Die Vermehrung, die ich beschrieben habe... ist eine Vermehrung, ganz und gar beschränkt auf Eigentumsklassen. Aber die Vermehrung des Kapitals ist ein indirekter Vortheil für den Arbeiter.“

II.  
Aus Gladstone's Rede vom 16. April 1863, gedruckt im Hansard, Band 170, Parlamentsverhandlungen vom 27. März — 28. Mai 1863.

„So steht's mit dem allgemeinen Fortschritt der Akkumulation; aber ich für meinen Theil muß sagen, ich würde mit einem gewissen Grad von Pein und mit viel Besorgniß auf dies außerordentliche und beinahe berauschende Wachstum blicken, wenn ich es beschränkt glaubte auf die Kategorie von Personen, die als in gemächlichen Verhältnissen beschrieben werden können (the class of persons who may be described as in easy circumstances). Die Zahlen, welche ich angeführt habe, nehmen wenig oder gar keine Notiz von der Lage Derer, die keine Einkommensteuer zahlen, oder in andern Worten, hinreichend genau für die Wahrheit im Allgemeinen (!), nehmen sie keine Notiz von dem Eigentum (!) der Arbeiterbevölkerung oder (!) von der Zunahme ihres Einkommens. Indirekt, in der That, ist die bloße Vermehrung des Kapitals von dem äußersten Vortheil für die Arbeiterklasse.“

Ich überlasse dem Leser selbst, den geschraubten, verlausulierten, verzwickten Circumlocution Office — (Um die Sache herumschreibungs-bureau) — Styl der Ausgabe im Hansard mit dem Timesbericht zu vergleichen.

Hier genügt die Festlegung der Thatsache, daß die Worte des Timesberichts: „... Diese berauschende Vermehrung von Reichtum und Macht... die Vermehrung, die ich beschrieben habe... ist eine Vermehrung, ganz und gar beschränkt auf Eigentumsklassen“ im Hansard theils verflümmelt, theils ganz unterdrückt sind. Ihr emphatischer „Wortlaut“ entschlüpfte keinem Ohrenzeugen. Zum Beispiel:

Morning Star, 17. April 1863. (Gladstone's Budgetrede vom 16. April 1863.)

„Ich für meinen Theil muß sagen, ich würde mit Besorgniß und mit Pein auf diese berauschende Vermehrung von Reichtum und Macht blicken, wenn ich sie auf die wirklich wohlhabenden Klassen (classes who are in easy circumstances) beschränkt glaubte. Dieser große Zuwachs von Reichtum (this great increase of wealth) nimmt gar keine Notiz von der Lage der Arbeiterbevölkerung. Die Vermehrung ist eine Vermehrung (the augmentation is an augmentation), ganz und gar beschränkt auf die Klassen, die Eigentum besitzen (entirely confined to the classes possessed of property). Aber diese Vermehrung (but that augmentation) muß von indirektem Vortheil für die Arbeiterbevölkerung sein.“

Morning Advertiser, 17. April 1863. (Gladstone's Budgetrede vom 16. April 1863.)

„Ich für meinen Theil muß sagen, ich würde beinahe mit Besorgniß und mit Schrecken (alarm) auf diese berauschende Vermehrung von Reichtum und Macht blicken, wenn ich sie auf die wirklich wohlhabenden Klassen (classes who are in easy circumstances) beschränkt glaubte. Dieser große Zuwachs von Reichtum nimmt gar keine Notiz von der Lage der Arbeiterbevölkerung. Die erwähnte Vermehrung (The augmentation stated) ist eine Vermehrung, ganz und gar beschränkt auf Klassen, die Eigentum besitzen (classes possessed of property). Diese Vermehrung (This augmentation) muß von indirektem Vortheil für die Arbeiterklasse sein.“

Gladstone hat also die von ihm im Unterhaus am 16. April 1863 gesagten Worte: „... Diese berauschende Vermehrung von Reichtum und Macht... ist eine Vermehrung, ganz und gar beschränkt auf die besitzenden Klassen“ nachträglich wegstipigt in der halbamtlichen Hansard'schen Ausgabe seiner Rede. Die „Concordia“ fand sie daher nicht in dem vom Londoner Geschäftsfreund übermachten Auszug und stieß in's Horn: „Dieser Satz befindet sich aber nirgends in der Gladstone'schen Rede. Marx hat den Satz formell und materiell hinzugefügt.“ Kein Wunder, daß sie mir jetzt vorheult, es sei kritische „Sitte“, die Parlamentsreden zu citiren, wie sie amtlich gefälscht, und nicht, wie sie wirklich gehalten werden. Solche „Sitte“ entspricht in der That der „allgemeinen“ Berliner „Bildung“ und dem beschränkten preussischen Unterthanenverstand des deutschen Fabrikantenbundes. Zeitmangel zwingt mich, meinen an-

genehmen Umgang mit ihm ein für allemal abzubrechen, doch zum Abschied noch eine Ruß zu machen für seine „Gelehrten“. In welchem Artikel machte der Mann und wie hieß der Mann, der einem der „Concordia“ allermindest ebenbürtigen Gegner die inhaltschweren Worte zurief: „Asinus manebis in secula seculorum?“)

London, 28. Juli 1872.

Karl Marx.

### Politische Uebersicht.

In seiner Schrift: „Das Eigentum ist Diebstahl“\*\*), welche schon vor der französischen Revolution erschien, sagt Brissot, der später der zweite Führer der Girondisten wurde — der erste war, bezeichnend für diese Partei von Redekünstlern und Parlamentschauspielern, eine Frau, die Roland —, es sei unmöglich, die Grenzlinie zwischen „ehrlischem“ und „unehrlischem“ Erwerb, zwischen Eigentum und Diebstahl zu ziehen, und ein Spekulant unterscheide sich in nichts Wesentlichem von einem Spitzbuben. Als Brissot Führer der die Bourgeoisie vertretenden Girondisten ward und in dieser Eigenschaft für die „Heiligkeit des Eigentums“ einstehen mußte, hatte er viel von dieser „Jugendstunde“ zu leiden, die seine Gegner ihm unverdroffen vorhielten, allein das erschütterte nicht die Richtigkeit des von ihm aufgestellten Satzes. Daß das Börsenspiel — um von den anderen Methoden des Erwerbes nicht zu reden — auf den schamlosesten Diebstahl hinausläuft, wird heute selbst von den Vertretern der Bourgeoisgesellschaft ziemlich allgemein anerkannt. So bringt z. B. die Berliner „Volkszeitung“ in ihrer Nr. 174 folgende Lokalanotiz:

„Die Thatsache, daß gestern Vormittag an der in der Nähe des Bodens gelegenen Kunheim'schen Fabrik ein Oelumballon platzte und ein sehr unbedeutendes Feuer hervorrief, benutzten mehrere Börsenjobbers an gestriger Börse, die Nachricht auszusprengen, daß die Bodbrauerei in hellen Flammen stünde. Die Herren hatten von der Verbreitung dieser falschen Nachricht — ein Manöver, welches, genau genommen, vor den Kriminalrichter gehört — den Vortheil, Bodbrauerei-Aktien 3 Proz. billiger einzukaufen und am Schluß der Börse, als man sich über die Grundlosigkeit der verbreiteten Nachricht informirt hatte, einen Kursgewinn von circa 5 Proz. einzufahren.“

Wenn alle Eigentümererwerber, die „genau genommen vor den Kriminalrichter gehörten“, in Wirklichkeit vor den Kriminalrichter kämen, dann würden nicht viele auf freiem Fuß und die vorhandenen Zuchthäuser zu eng sein.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ ist sehr erbozt, daß wir eine Verwandtschaft zwischen der Blut- und Eisenpolitik und dem Louisd'Or entdeckt haben, und sie nennt, mit der ihr eigenen Bildung, unsere dahin gehenden Bemerkungen „blödsinnig“. Schimpfen ist sprichwörtlich leichter als widerlegen. Und Leute, die mehr Verstand und Kenntnisse hatten, als die Redakteure des Bismarck'schen Leitblatts, haben sich schon vergeblich abgemüht, einen moralischen Unterschied zwischen dem Todtschlag, verübt nach Methode von Massen in Uniform, und dem Todtschlag, verübt von Einzelnen in gewöhnlicher Tracht, aufzufinden; während es auf der anderen Seite sehr bedeutende Denker — z. B. einen gewissen Kant — gegeben hat, die den Krieg für das größte Verbrechen der Menschheit und an der Menschheit erklärt haben. Daß nicht Jedermann gleicher Ansicht ist, rührt einfach daher, daß wir uns gewöhnt haben oder richtiger gewöhnt worden sind, einen Unterschied zwischen Privatmoral und öffentlicher Moral zu machen, und Alles, was nach der Privatmoral schlecht, niederträchtig, verbrecherisch ist, nach der öffentlichen Moral als gut, ehrenhaft, ruhmvoll zu betrachten; z. B. das Lügen, Stehlen und Morden. Definire sich der Sträbent der „Norddeutschen“ einmal den Begriff von Lügen, Stehlen und Morden, und er wird sehr rasch das Epitheton „blödsinnig“ gegen seine frühere Unwissenheit und Beschränktheit lehren. Was den Ausdruck „Louisd'Or“ und „Louis“, angewandt auf die „hohe Politik“, betrifft, so müssen wir leider das Verdienst der Originalität zurückweisen. Als vor etlichen 20 Jahren der Pacifico\*\*\*) Skandal statt hatte, war die ganze, nicht von dem englischen Ministerium direkt gekaufte Presse einig darin, Lord Palmerston wegen dieses feigen Erpressungsversuchs einen bully und seine Politik die eines bully zu nennen. Nun hat aber die „Norddeutsche“ jetzt vielleicht Jemand unter ihrem Redaktionspersonal, der da weiß, daß Prince of Wales nicht „Fürst von Galles“ heißt — und von diesem „Gelehrten“ wird sie, falls sein Englisch weit genug reicht, erfahren können, daß bully der korrekte und allgemein übliche englische Ausdruck ist für den allerdings noch nicht im Vollgenuß des deutschen Sprachbürgerrechts stehenden „Louis.“

Der kolossale Erfolg der französischen Nationalanleihe — schreibt man uns —, ist eine kolossale Doppelohrfeige für unsere Deutschdummler, — um den einstigen Lieblingsausdruck des jetzt selbst nach Noten deutschdummelnden Johannes Scherr zu gebrauchen. Einmal, daß es ein französischer Erfolg ist, muß ein gut frangosenfrefferisches Herz schon beinahe abdrücken, besonders wenn die Erinnerung an das wahrhaft klägliche Ergebnis der weiland deutschen Kriegsanleihe dazu kommt. Und zweitens die gottlose Blamage des mordspatriotischen Kapitals! „Betheiligt Euch nicht an der französischen Nationalanleihe! Ihr leistet dem Feind nur Vor-schub!“ predigte Dankel Spener und Lante Böh, und „Anstands-dame“ Biederemann (welch letzterer dabei aber nicht verstaunte, die seitenslangen Reklamen des sündhaften Anlehens in sein

\*) „Du wick ein Esel bleiben von Ewigkeit zu Ewigkeit.“  
\*\*) Dieser Titel und Satz wurde bekanntlich ein halbes Jahrhundert nachher von Proudhon annektirt und zwar mit solchem Glück, daß Proudhon noch heute beim großen Publikum für den Urheber desselben gilt.

\*\*\*) Ein gewisser Don Pacifico, der englisches Bürgerrecht hatte, stellte gewisse betrügerische, von Lord Palmerston aber anerkannte Geldforderungen an die griechische Regierung, und ließ, als Zahlung verweigert ward, ein englisches Geschwader die Kanonen auf Athen richten; es versteht sich, daß dieses: la donna ou la vio! (die Börse oder das Leben!) seine Wirkung that; man sieht, die Wehlichkeit mit der Härtzer Häbenthat ist frappant, nur daß es dort bei der bloßen Drohung sein Bewenden hatte, während es hier zu Thätlichkeiten, nicht weniger als heroischer Art, kam.

Blatt aufzunehmen! S. Nr. 172, 173 und 174 der „D. A. Z.“). Alles unsonst. Diese Tugendpredigten hatten dasselbe Schicksal, wie der Erziehungskursus, der im Immermann'schen Mönchshausen mit dem Mistläufer vorgenommen wird. Der Mistläufer hört andächtig die sublimeren Lehren — bis der Duft eines Misthäufchens ihn in die Nase steigt; vergessen ist Moral und Schöngelerei: der Mistläufer stürzt in den Mist. Gerade so ging es unserm „nationalen Kapital“. Es lauschte mit patriotischem Ernst den Worten des Dankel Spener, der Lante Böh und der „Anstands-dame“ Biederemann, aber kaum war der Misthaufe des französischen Nationalanlehens in den germanischen Börsen ausgekratzt, so stürzten mit unwiderstehlicher Naturgewalt die Mistfüßer in den Mist! Ueber 5000 Millionen Franks haben sie dem „Erbfeinde“ gezeichnet — allerdings zum Verzweifeln, wenn man an deutsche Biederkeit, Sittenstrenge und Uneigennützigkeit geglaubt hat! Und mit dieser Doppelohrfeige ist's nicht genug. Es gefellte sich zu ihr noch der peinigende Argwohn, der Schelmfranzos werde das deutsche Geld annektiren, und dergestalt in französische Revanche-Soldaten anlegen, daß er schließlich die Zahlung des französischen Geldes verweigern kann. Was freilich ein graufamer Späß wäre!

Außer diesem Gesichtspunkte giebt es allerdings noch einen andern, von dem aus man die Milliarden-Anleihe betrachten kann und der uns gegen diese etwas kühler stimmt. Wir meinen die Thatsache, daß die Verfallter Regierung einwirken in ihrem Siege befestigt worden ist dadurch, daß sie die gesammte internationale Bourgeoisie durch das Geldinteresse an sich gefesselt und die Republik zu einem Meister von Bourgeoisrepublik erhoben hat. Einerseits war die Beteiligte der internationalen Bourgeoisie an der Anleihe der Ehrendank jener an die Verfallter Henker für die „Rettung der Gesellschaft.“ Andererseits wird die künstlich erzeugte 14fache Ueberzeichnung der Anleihe — denn daß 43 Milliarden auf natürlichem Wege im Handumdrehen gezeichnet werden können, wird Niemand glauben — der Regierung des Herrn Thiers bei der Haute Finance der ganzen Welt einen materiellen und „moralischen“ Kredit verschaffen, durch den sie ihr Dasein um eine gute Spanne Zeit verlängern kann. Die französische Arbeiterwelt hat alle Ursache, sich dem Ergebnis der Anleihe gegenüber indifferent zu verhalten. Der Krieg, den Herr Thiers in den nächsten Jahren vermittelt jenes Geldes zur Rückeroberung des Elsaßes versuchen wird, kostet ihr Blut, und die Millionen, welche die Anleihe den Börsenjobbern heute schon einbringt, sind auf Umwegen geföhlenes Arbeitsgut. — Mögen sich übrigens die Arbeiter das Bild ein wenig vor Augen halten: Auf einem verschwindend kleinen Winkel 43 Milliarden — und auf dem übrigen großen Raume Noth und Elend! — Und was ist der Passalle'sche 100-Millionen-Kredit für Arbeiter-Produktionsgenossenschaften — welchen unsere Gegner für unaufbringlich halten — im Vergleich zu dieser Leistung, zu welcher sich ein Staat nach einem Kriege und im Interesse des Kriegs emporschwingen kann!

Ein geflügeltes Wort des Heldengreises Thiers verdient aufbewahrt zu werden: „Man muß durch die Gewalt und die Justiz Ruhe stiften“, schreibt er bezüglich der von den Behörden fabrizirten „Arbeiterunruhen“ in den Norddepartements. „Ruhe durch die Gewalt und die Justiz“. Erst die Gewalt, d. h. der wunderthätige Chassepot, dann die Justiz, d. h. die Kriegsgerichte, um Nachlese zu halten, und dem Chassepot en detail zu überliefern, was er beim en gros-Mordgeschäft vergessen hat.

Zu unserm Bericht über den Rottinghamer Congress in voriger Nummer haben wir noch zu erwähnen, daß auch in Schottland schon zwei Zweigenoffenshaften der Internationalen bestehen, nämlich in Glasgow und Aberdeen.

Es ist von äußerster Wichtigkeit, daß die deutsche Sozialdemokratie auf dem am 2. September im Haag abzuhaltenden Congress der Internationalen Arbeiterassoziation würdig vertreten sei.

Da nun kein Delegirter auf dem Congress zugelassen wird, der nicht ein regelrechtes Mandat aufzuweisen hat, und die deutschen Vereinsgesetze die Bildung von Sektionen verbieten, so ist es notwendig, daß die Parteigenossen durch Lösung einer Beitragsmarkte (von 1 Groschen), welche auf das Statutememorial aufzulieben ist, die persönliche Mitgliedschaft erwerben, welche durch kein deutsches Gesetz verboten ist, und daß die Mitglieder eines Orts oder mehrerer Orte dann zur geeigneten Zeit einen Delegirten wählen resp. ein Mandat ausstellen. (Die Redaktionen des „Volksstaat“ erklärt sich zur Vermittelung von Mandaten an hinreisende Delegirte bereit.) Wer für Mitgliedsmarkten keine andere Bezugsquelle hat, wende sich direkt an den Sekretär für Deutschland: Karl Marx, 1 Maitland Park Row, Haverstock Hill, N. W. London. — Statuten sind (à 1 Sgr. das Exemplar) durch die Expedition d. Bl. zu beziehen.

Das Mandat muß also lauten:  
Die in hiesigem Orte wohnenden Mitglieder der Internationalen haben in heutiger Sitzung den Bürger (Name) zu ihrem Vertreter auf dem Haager Congress der Internationalen Arbeiter-Assoziation vom 2. Septbr. 1872 ernannt.  
X... Sitzungspräsident. Z... Protokollführer.  
Ort und Datum.

Der „Neue Sozial-Demokrat“ bezieht in seiner Nr. 87 eine so bodenlose Gemeinheit, wie sie kein zweites Blatt der deutschen Presse, einerlei welcher Richtung es angehört, je bezagen hat und zu begehren im Stande wäre. Er schreibt: „Der Gewerkeverein“, das Organ des braven Dr. Hirsch, schimpft in seiner Stempelnummer vom 28. Juli, auf welcher aber der Stempel fehlt, wieder weiblich auf die Sozial-Demokraten, welche gegen alle bestehenden Verhältnisse loszögen.“ — und schließt diese Notiz mit den Worten: „Was dem Einen recht ist, ist dem Andern billig. Die Ortsvereine haben ja nach der Angabe des „Gewerkevereins“ so heidenmäßig viel Geld, daß sie die ewigen Schimpfereien des Herrn K. W. in der politischen Wochenchau des „Gewerkevereins“ auch durch den Stempelbetrag gesetzlich wohl sanktioniren könnten.“

Der „Neue“ ist also grün vor Reib, daß der „Gewerkeverein“ die für politische Blätter in Preußen geltende Stem-

\*) Das Fabrikantenblatt scheint in der That zu glauben, daß die großen Londoner Blätter keine Stenographen für ihre Parlamentsberichte anwenden.

postuler als nicht politisches Blatt nicht bezahlt und macht diesem Reich in der unwürdigsten Weise Lust, indem er den „Gewerksverein“ der Behörde denunziert. Das ist eine neue Schandung der sozial-demokratischen Flagge, unter welcher der „Neue“ fälschlich segelt; das Blatt ist jedes Funkens von Ehrgefühl baar.

Die Denunciation hat indes nebenbei das Gute gehabt, uns einen Einblick in den materiellen Stand des „Neuen“ zu gewähren. In seiner blinden Wuth giebt nämlich der „Neue“ den von ihm behaupteten Stempelbetrag für dieses Quartal auf „gegen 500 Thaler“ an; nehmen wir nun an, daß das Exemplar per Quartal mindestens 3 Egr. Steuer kostet, dann ergibt die Steuersumme von 500 Thlr. einen Abonnentenstand von nicht 5000. Eine Nummer später lag der „Neue“ seinen Lesern vor, eine Auflage von 7400 zu haben. Lüge, Verleumdung und Denunciationsucht sind die drei Cardinaltugenden des „Neuen“; und sehr traurig ist, daß es noch Arbeiter giebt, welche ein solches Blatt unterstützen.

Zwischen dem Organ Bismarck's, der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“, und dem „Neuen Sozialdemokrat“ ist eine Klein-Weiberei entstanden. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ denunziert die Agitatoren des „Neuen“, Frohne und Hartmann, wegen angeblich „hochverrätherischer“ Reden; der „Neue“ ist darüber außer sich und weist die hochverrätherische Absicht — sicher mit Recht — entrüstet zurück. Dabei paßirt ihm aber in der Entgegnung in Nr. 87 das Malheur, sich zu verschuppen und wider Willen einmal die Wahrheit zu sagen. Der Schluß seiner Philippika gegen die „Norddeutsche“ lautet: „In Anbetracht der Sauregurkenzeit für die Presse, welche sich auch bekanntlich Herr Bitter zu Nutze gemacht hat, und der Unfähigkeit der Herren Redakteure der „Nordd. Allg. Ztg.“, in Abwesenheit der leitenden Hauptredakteure aus dem Ministerium, einen vernünftigen „Leiter“ zu schreiben, wollen wir aber großmüthig solche Denunciations-Leitartikel verzeihen.“ In gutes verständliches Deutsch übersetzt, lautet diese Antwort des „Neuen“ an die gegenwärtigen Schreiber der „Norddeutschen“ ungefähr so: „Ihr Herren von der „Norddeutschen“ seid Esel, Ihr versteht den Comment nicht, der zwischen uns und Euren Brodherren existirt, und darum wollen wir Euch Eure Dummheit großmüthig verzeihen. Eure Brodherren, die leitenden Hauptredakteure“, die kennen und die Leute vom „Neuen“, besser und die würden uns nicht denunzirt haben, denn sie wissen, daß wir für gleiche Rechnung und den gleichen Auftraggeber arbeiten.“

Wir danken dem „Neuen“, daß er uns unaufgefordert seine intimen Beziehungen zum preussischen Pressbureau enthüllt.

Der „Neue“ schreibt in Nr. 89: „Wie uns aus Frankfurt in der Rheinpfalz mitgeteilt wird, sind außer dem Bevollmächtigten Dreifigacker unsere beiden Agitatoren Frohne und Hartmann wegen Hochverrats in Anklage gesetzt worden.“

„Das sind also die Männer, welche der „Volksstaat“ und die anderen Blättchen der Bebel-Liebnecht'schen Partei fortwährend beschimpfen, sie als Völszispel nennen (?) und dergleichen mehr. Wir haben auf das Beschimpfen nicht geantwortet und werden es auch jetzt nicht thun. Verpflichtet aber sind wir, unseren Parteigenossen das Auftreten jener Partei zur Kenntnis zu bringen. Die letzte Nummer des „Volksstaat“ entblödet sich sogar nicht, den Herren Hartmann und Frohne zu drohen, daß, wenn sie in einer Stadt sprechen würden, wo die „Eisennacher“ die Majorität hätten, man ihnen die Thüre weisen würde (?). Dies ist aber eben so feige wie brutal. Die Anhänger der Bebel-Liebnecht'schen Partei in Berlin würden in keiner öffentlichen Versammlung anwesend sein dürfen, wenn wir uns auf diesen schimpflichen Standpunkt des „Volksstaat“ stellten. Wir thun es aber nicht (?); wir wissen, daß die Herren uns doch nicht gefährlich werden können, da die Macht der Ueberzeugung auf unserer Seite ist.“

Wir haben auf diesen Unsinn nur zu erwidern, 1) daß wir niemals die Herren Frohne und Hartmann „Polizeispiegel“ genannt, sondern nur (in Nr. 54) einen Artikel des Braunschweiger „Volksfreund“ abgedruckt haben, worin sie „Spiegel“ des „Neuen“ genannt werden; und insofern als sich diese Leute dazu hergeben, überall da, wo ein friedliches Verhältnis zwischen den Mitgliedern unserer Partei und denen des Allg. Deutschen Arbeiter-Vereins besteht, Zwietracht zu sähen, verdienen sie jenen Namen. 2) Den Rath, den Agitatoren des „Neuen“, die Thüre zu weisen“, haben wir nicht gegeben, für den Fall, daß sie in einer Stadt sprechen würden, wo die „Eisennacher“ die Majorität haben“, sondern nur für den Fall, daß sie sich pöbelhaft benehmen. Der „Neue“ kann sich ja von Herrn Hartmann erzählen lassen, daß ihm in Leipzig — in vergangener Woche — nicht die Thüre gewiesen, sondern 5 Stunden lang gestattet worden ist, sich — zu blamiren. (Weiteres in nächster Nr.)

**Leipzig.** Am 2. dts. ist Nr. 61 d. Bl. auf staatsanwaltschaftlichen Befehl confiscirt worden wegen des dem „Deutschen Eidgenossen“ entlehnten Citats aus Karl Blind's „Urtheilspruch des Obertribunals der öffentlichen Meinung“ vom 15. Sept. 1866 „In Sachen des Volks gegen den König von Preußen.“ Wer durch jenes Citat beleidigt sein soll — ob der König von Preußen oder Karl Blind — wissen wir nicht; daß es aber lediglich zur Charakteristik Blind's abgedruckt worden ist, geht aus dem Zusammenhange zur Evidenz hervor. Keineswegs können wir übrigens glauben, daß der Staatsanwalt der Reichsregierung einen Gefallen gethan hat, indem er die Erörterung der der jüngeren Generation theilweise unbekanntem Rolle, welche der Prinz von Preußen 1849 in Baden gespielt hat, ohne zwingenden Anlaß provoziert.

**Berichtigung.** In der Notiz über den englischen Ballot'schwindel (Nr. 61) muß es heißen: „es klingt das fast so, als ob die Brodgeber des Herrn Dray eine ähnliche (nicht „ähnliche“) Heilmittelregel für Preussisch-Deutschland in Schilde führten.“

**Gewerkschaft der Holzarbeiter.** Dem Mitgliedlicher Albert Spreyer aus Schwarzenberg in Sachsen, eingetretten am 1. Januar in Zwickau, ist das Dittungsbuch in Marburg abhanden gekommen. Dasselbe ist zuletzt in Weimar abgemittelt. Sollte Jemand versuchen, auf das Buch Reisetz zu erheben, so ist das Buch in Beschlag zu nehmen und an uns einzuliefern. Th. Nord.

**Internationale Gewerkschaft der Schuhmacher.** Auf die und mehrfach zugegangenen Anzeigen und Mittheilungen über neugegründete Mitgliedschaften fragen wir wiederholt Herrn Gurend in Nürnberg an, wie es nun kommt, daß in 6 Wochen es noch nicht möglich war, uns das sämtliche Material nebst Bericht einzuschicken.

Wir fordern deshalb wiederholt an, uns umgehend das Verlangte zuzuschicken, damit endlich Alles vom Verwaltungsrath Besäumte und Bernachlässigte nachgeholt wird.

Wir können überhaupt nicht begreifen, wie es möglich ist, daß ein Verwaltungsrath, der die Seele des Ganzen sein soll, eine so tolle Gleichgültigkeit und Saumlässigkeit besitzen kann und so lange, trotz dreimaliger Aufforderung, nichts von sich hören läßt; fast möchte man glauben, es geschehe mit Vorsatz. Leipzig.

Der Aufsichtsrath.  
A. Schäfer. M. Herbig.  
G. Müller.

**München, 28. Juli.** Nahruf an alle Schuhmacher Deutschlands. Wenn man die heutzutage bestehenden Gesellschaftszustände überblickt, so sollte man glauben, es wäre überflüssig, so viele Aufforderungen zur Vereinigung an die Arbeiter ergehen zu lassen, und doch ist es nicht so. Man findet noch Arbeiter in allen Gemein-schaften, welche es noch nicht zu verspüren scheinen, in welcher traurigen Lage sie sich befinden und in welche schlimmere sie von Tag zu Tag durch ihre Faulheit und Trägheit gedrängt werden. Wohl spüren sie es, denn der Magen ist ihr unabweisbarer Rührer; aber es fällt ihnen ungemein schwer, anzusehen, zu lernen, wie dieser Fator zu beseitigen zu stellen ist. Man hört sie wohl in Werkstätten und verschiedenen Winkeln klagen und jammern und nicht selten auch derschimpfen über die Verhältnisse, die sie in dieses Sklavensjoch gezwängt haben. Aber daß sie zusammenstehen und über ihre Lage sich aufklären und berathen sollten, daran denken sie nicht. Wir Münchener glauben immer, daß wir in Süddeutschland gegen den Norddeutschen Arbeiter weit zurück sind. Aber als wir den Bericht über die allgemeine Schuhmacher-Versammlung in Leipzig lasen, da war es uns klar, daß die hierorts herrschende Faulheit auch anderwärts anzutreffen ist. Unsere hiesigen Arbeiter haben doch schon zum Theil eingesehen, daß sie durch eine Vereinigung etwas erreichen können. Wenn auch sonst noch viel zu wünschen übrig bleibt, so können wir doch konstatiren, daß unsere Versammlungen, besonders nach dem Erfurter Kongress, immer sehr stark besucht sind. Als unser Delegirter Ruprecht Bericht erstattete über den Kongress, da war das Lokal vollgepackt von Arbeitern. Die Verhandlungen des Kongresses, welche Rede er genau wiedergab, und das Zustandekommen der Union, wurden mit großem Beifall aufgenommen. Auch das Referat des Herrn Scheil über die Union fand allgemeinen Beifall. Eine zweite allgemeine Schuhmacher-versammlung war wieder sehr zahlreich besucht. Collegen allerorts! Tretet alle in Vereinen zusammen und geben wir vereint vorwärts! Es ist falsch, zu sagen: „Ja, wenn es gilt, dann bin ich schon dabei.“ Bedenket doch, daß ohne vorhergehende Vereinigung und Organisation nie etwas zu erringen ist. Wetteifern wir in dem Kampfe gegen das Kapitaljoch, dann muß uns auch der Sieg sicher werden. Mögen diese Worte auch bei unsern Leipziger Kollegen zünden. Mögen die Mühen und Anstrengungen einzelner ihrer Genossen, welche für das Gemeinwohl eintraten und wirken, endlich einmal mit Erfolg gekrönt sein.

Mit sozial-demokratischem Gruß  
A. Dufmann.

**Hamburg, 30. Juli.** Zum Congress. In Nr. 60 des „Volksstaat“, gleichzeitig mit Veröffentlichung des betreffenden Antrags, bricht die Redaktion in lausender Hast (?) pro domo eine Lanze und damit zugleich den Stab über den Hamburger Antrag, wonach alle Artikel, welche den Raum von mehr als 2000 Quadrat-Centimetern umfassen, zu ihrer Aufnahme in den „Volksstaat“ der Genehmigung des Ausschusses bedürfen. Warum die Redaktion solch große Eile hatte, ist mir unverständlich; doch ich denke, der zu früh gezeichnete Schnee schmilzt leicht. Zunächst sei der Redaktion bemerkt, daß der Antrag eigentlich gar nicht?) gegen sie selbst, sondern gegen die allzu langen Artikel im „Volksstaat“ gerichtet ist. Das Prinzipielle, welches die Redaktion imputirt, nämlich den Ausschuss zum unmittelbaren Genosse des Parteivorstandes zu erheben, ist in dem Antrage durchaus nicht (?) enthalten. Es soll durch denselben lediglich in Zukunft die Einseitigkeit beseitigt werden, wie solche durch lange Artikel, welche zuweilen?) mehrere Wochen hindurch die Spalten des „Volksstaat“ beanspruchten, erzeugt wird und erzeugt werden muß, mögen diese Artikel noch so lehrreich und interessant sein. Die Leser von Tages- und Wochenblättern vergessen den Anfang solcher mehr oder weniger wissenschaftlicher Artikel, bevor sie die Mitte geschweige das Ende derselben kennen. Viele, sehr viele Leser bemängeln sich auch die betreffenden Nummern nicht auf und so kommt es denn, daß sie sich später die Separatabdrücke der fraglichen Artikel kaufen, um letztern alsdann im Zusammenhang und mit Ruhe zu studiren. Da sie also eheuein doch den Artikel in Broschürenform zur Lesüre erhalten, ja rascher als im Parteiblatt erhalten, indem er als Ganzes zur Ausgabe gelangt, so heißt es oft nur den Raum des „Volksstaat“ unproductiv füllen, besonders dann, wenn endlich die Gelegenheit da ist, Broschüren billig herzustellen und folglich in großer Auflage zu verkaufen. Und diese Gelegenheit ist endlich im Anzuge. Die Genossenschaftsbuchdruckerei, für welche jetzt die Parteigenossen in die Tasche greifen müssen, gibt uns die Möglichkeit an die Hand, auf diesem Gebiete zu reformiren. Es heißt von nun an: Laßt dem Verlagsbuchhändler, was das Buchhandels und der Colportage ist, und gebt dem „Volksstaat“, was einer Zeitung zuträglich und zur Gewinnung neuer Abonnenten, ohne Schädigung unserer prinzipiellen Bestrebungen, förderlich ist. Der „Volksstaat“ ist keine Zeitschrift für Gelehrte, sondern für Arbeiter. Was der Gelehrte ruhig ansammelt und dann immer als Ganzes vor sich hat, muß dem Arbeiter in einfacher Form, in Buchform, vorgelegt werden. Die Zeitung, welche er liest, will er — wie jeder andere Zeitungsleser — interessant gemacht haben, und hierzu gehört zunächst Vielfachigkeit, Abwechslung. Aber halt, die Redaktion des „Volksstaat“ meint, einem Autor sei über die Größe seiner Artikel keine Vorschrift zu machen und erinnert mich dadurch lebhaft an einen Herrn Beit selb aus Hamburg, welcher immer den Kopf voll großer Gedanken hatte, aber diese nicht niederschreiben wollte, weil man sie doch nicht alle drucken würde oder — wegen des Staatsanwalts — drucken könnte. Warum sollte aber ein Autor sich nicht kurz fassen können? Die größten Schriftsteller haben es bei den wichtigsten Gegenständen gethan, mögen ihnen die andern nachfolgen. So z. B. hätte K. Engels über die Wohnungsfrage gewiß noch viel mehr schreiben können; und dennoch hat er seinen Artikel kurz gefaßt, klar geschrieben, wohl aber hätte er ihn, wenn nöthig, noch kürzer zu fassen vermocht. Uebrigens warum noch mehr streiten? Es sollen die langen Artikel ja keineswegs definitiv aus dem „Volksstaat“ verbannt, sondern nur der Kontrolle des Ausschusses unterstellt sein. Sieht der Ausschuss — und hierbei hat er ja auch das Urtheil der Redaktion vor sich — daß die Agitation ein momentanes Beeinträchtigen des „Volksstaat“-Raumes durch große Artikel nicht gestattet, so wird er letztern zurückweisen müssen. Ist ein großer Artikel aber überhaupt etwas, dann mag er unter die Broschüren geben, denen wir jetzt eine gute Stätte durch die Genossenschaftsbuchdruckerei zu bereiten suchen. Dieses Verfahren ist kein schleppendes, vielmehr ein sehr einfaches und schnelles. Dazu brauchen wir nicht viel Geld für Porto, auch keine Censurbörde am Redaktionsort, von welcher überhaupt hierorts nicht die Rede ist, sondern wir brauchen Einheitslichkeit bei Abwägung derjenigen Fragen, welche den „Volksstaat“ schon formell zu etwas andern stampfen, als was er ist oder sein sollte. Und daher scheint mir, der Hamburger Antrag der Annahme seitens des Congresses ziemlich sicher, selbst wenn dieser mit mir der Ansicht sein sollte, der „Volksstaat“ werde nicht „schlecht redigirt.“ Möge der Congress bedenken, daß schon Jacob Grimm im frankfurter Parlament sagte: „vorbedacht und nachgethan, das ist der Deutsche Schlandrian!“ Weib.

1) Sehr einfach: Um die Diskussion über den Antrag anzuregen.  
2) Aber — uneigentlich.  
3) Höchstens 3 mal innerhalb 3 Jahren hat der „Volksstaat“ die Aufmerksamkeit seiner Leser für Aufsätze, die „mehrere Wochen“ hindurch in „Fortsetzungen“ erschienen, in Anspruch genommen; es waren dies: Bebel's „Unsere Ziele“, Engels' „Bauerkrieg“ und „zur Erinnerung an die deutschen Norddeutschen“. Wer etwas lernen will, läßt sich solche „Einseitigkeit“ sehr gern gefallen.  
4) Mehr als „lehrreich und interessant“ braucht ein Artikel überhaupt nicht zu sein, um Berechtigung zum Abdruck zu haben. Und wenn er „interessant“ ist, hat der Leser jedenfalls nicht über „Einseitigkeit“ zu klagen, auch wenn die „Fortsetzungen“ ein Dupen ausmachen.

1) An solchen Lesern ist überhaupt Pöpsel und Maß verloren und für diese ist es besser, ihr Abonnementgeld zu sparen; der „Volksstaat“ rechnet auf fleißige Leser.

2) Das schadet gewiß nichts. Uebrigens wollen wir, da uns von Hamburg aus schon manchmal der Berliner „Sozialdemokrat“ als Muster für Redaktionskunst entgegengestellt wurde, wenigstens daran erinnern, daß dieser oft monatelang hintereinander fast alle die Broschüren statt des „Heulleton“ abgedruckt und zur theilweisen Veröffentlichung der „Lucinde“ wohl länger als ein Jahr gebraucht hat.

3) Der Verfasser übersieht vollständig, daß wir gar nicht im Stande wären, die Broschüren so billig zu liefern, wenn wir nicht den Satz des „Volksstaat“ für dieselben gratis verwenden könnten.

4) Wir wollen zum Schluß, indem wir noch einmal auf unsere Bemerkungen in Nr. 61 verweisen, daran erinnern, daß die Annahme des Antrages gar keine praktischen Folgen haben würde, wenn die Redaktion es versteht, das Censurbüro zu umgehen, indem sie längere Aufsätze in mehrere Theile zertheilt und jedem eine besondere Ueberschrift giebt. R. d. S.

**Hamburg.** Ueber den am 29. Juli im hiesigen sozial-demokratischen Arbeiterverein gehaltenen Vortrag Weib's über die Frage: „In wie fern nähren die Strikes den Arbeitern und der Gewerkschaftsbewegung“ berichtet die „Hamburger Börsehalle“ vom 2. August: „Der Vortragende führte aus, daß seit Verfall der Fünfte die Arbeit ohne Schutz und Organisation sei; die alte Organisation habe fallen müssen, da sie in der industriellen Gesellschaft nicht mehr genügt. Das System der Lohnarbeit, das zugleich der Uebersicht der kapitalistischen Production sei und in einem Zeitraum von 500 Jahren sich zu seiner Blüthe entwickelt habe, müsse als die Schaffarin der Strikes bezeichnet werden. Dieses System habe den Arbeitertrag in notwendige Arbeit zur Erhaltung des Arbeiters und in Mehrarbeit welche in der Grundrente, dem Capitalzins und Unternehmergewinn sich ablagert, getheilt. Es habe zwar anscheinend die Freiheit des Individuums gewährt, aber die Freiheit sei durch die Uebermacht des Capitals illusorisch geworden. Auf dem Lohnsystem ergebe sich das sogenannte ökonomische Lohngesetz, wonach der Arbeiterlohn durch die gemohnheitsmäßig zur Fristung des Lebens und zur Fortpflanzung erforderlichen Bedürfnisse bestimmt werde. Aus dem Worte „gemohnheitsmäßig“ ergebe sich, daß das Lohngesetz in seiner Wirkung abgeschwächt werden könne; eine bessere Lebenshaltung der Arbeiter bedinge höheren Lohn und kürzere Arbeitszeit. Damit vermindere sich das Risiko der Arbeit, welches in kurzer Lebensdauer zufolge schlechter Arbeitsräume und langer Arbeitszeit, sowie auch in der durch planlose Uebersproduktion erzeugten Arbeitslosigkeit liege. Die bessere Lebenshaltung für die Arbeiter zu erzielen, sei Aufgabe der Strikes; sie seien die erste Handlung der Arbeiter, dem System der freien, schrankenlosen Konkurrenz, welches mit dem System der Lohnarbeit parallel laufe, entgegenzutreten. Redner erörtert nun das Wesen dieser Konkurrenz und beleuchtet dessen Verwerflichkeit mit vielen Beispielen. Die Vorbereitungen zur formellen Gleichstellung der Arbeiter mit dem Capitalisten in dem Kampf um's Dasein, die Coalitionsfreiheit, habe man so lange den Arbeitern vorenthalten und auch jetzt noch seien Diensthofen und Matrosen davon ausgeschlossen. Es sei erklärlich, daß die Jahrzehnte lang gedrückten Arbeiter nunmehr durch das erste Mittel, welches ihnen an die Hand gegeben wird, durch Strikes, ihre Lage zu verbessern streben. Sie hätten zu schwer die seitigen Entbehrungen und Bebrückungen empfunden, als daß sie sich erst in Ruhe zu organisiren und dann meistens siegreich aus den Strikes hervorzugehen vermöchten hätten. Allein keine Frucht fälle sofort reif vom Baume. Die Besserstellung der Arbeiter, welche in den letzten fünf Jahren in Deutschland fast allenthalben erreicht worden, sei ein Beweis, daß die Strikes einen nicht zu unterschätzenden Werth besitzen. Ohne dieselben würde heute die zehnständige Arbeitszeit in vielen Fabriken und Werkstätten noch nicht eingeführt, auch der Lohn ein niedrigerer sein. Man wende den Arbeitern vor, durch ihre Strikes die Erhöhung der Waarenpreise zu beschleunigen, juche also die wirkliche Ursache der Preissteigerungen zu vertuschen. Letztere sei durch die wachsende Entwertung des Geldes, theils durch starke Gold- und Silberzufuhr, theils durch Ueberfluthung des Marktes mit ungedecktem Papiergeld veranlaßt, sowie auch in dem Anwachsen des Reichthums überhaupt begründet. Wie schon in der Arbeitszeitfrage, für welche nicht rechnende Humanisten eintreten, bei altem Lohne eine Lohnhöhung liege, so liege in der durch die Strikes angeregten Arbeiterbewegung, sei es in lokalen Forderungen, sei es in internationalen Gewerkschaften, eine Verbesserung der Arbeiterverhältnisse, weil dadurch eine Regelung des Gesetzes von Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkte begonnen werde. Durch die Strikes würden die Arbeiter auf die Nothwendigkeit ihrer Organisation aufmerksam gemacht und dadurch befähigt, die im Strike oder in der Organisation durch Kampf oder friedliche Einigung erreichten Vortheile sich zu wahren. Die Arbeiterbewegung müsse sich äußern können; ihr erstes Wort spreche sie in der Praxis durch die Strikes, dadurch komme sie in großen Massen zur Organisation und endlich in den Produktionsgenossenschaften. Was schon durch die Strikebewegung erreicht sei und in steigendem Maße erreicht werde, je mehr sie aus dem unorganisirten Ausrufen herauskomme, das sei für die Arbeiter eine Arbeitserleichterung durch Kürzung der Arbeitszeit und damit die Möglichkeit rascheren sittlichen Fortschritts; jerner Verminderung der Konkurrenz der Arbeit gegen Arbeit und des Capitals gegen die Arbeit durch Kürzung der Arbeitszeit, durch Lohnhöhung und durch Organisation der Fachgewerke. Hierher sind auch zu zählen die Beschränkung der Kinderarbeit in den Fabriken und die Anbahnung der Beschränkung der Frauenarbeit in denselben Etablissements. Endlich aber sei durch diese Vorgänge auf sozial-ökonomischem Gebiete eine Verthärkung der Konkurrenz des Capitals gegen das Capital erreicht worden. Allerdings werde in diesem Kampfe das kleine Capital von dem großen verdrängt, das Kleingewerbe schließlich verschwinden und somit die Entscheidung zwischen dem System genossenschaftlicher Arbeit, wie es der Sozialismus anstrebe, und dem System der Lohnarbeit vereinfacht. — Nach dem Vortrage entspann sich eine lebhafte Debatte, die jedoch nicht zu Ende geführt, sondern wegen der späten Stunde vertagt wurde.“

**Mainz.** Ueber die Zustände im Ruhrthale sind mir von einem befreundeten Fachmann verschiedene Mittheilungen gemacht worden, die wegen ihrer Beziehungen zu dem Essener Strike der Veröffentlichung wohl werth sind. So haben, als sich die Kohlennoth im Ruhrthale bemerkbar machte, die königlichen Gruben an der Saar Herrn Krupp so viel Bagagons zur Verfügung gestellt als er brauchte. Zur Vorsohle hatte Herr Krupp in Duisburg, Ruhrort und Mühlheim außer dem ca. 800,000 Ctr. Kohle aufgestaut. Der Preis der Kohle, der vor dem Strike 14 Thlr. betrug, war auf 30, 34, 36, 59 und 60 Thlr. pro 100 Ctr. gestiegen, und selbst zu diesem Preise war solche kaum zu haben. Es trat auch der abnorme Fall ein, daß die Kohlenpreise in Folge der plötzlichen Kohlennoth weit höher zu stehen kamen als z. B. in Rotterdam. Natürlich wurden auch am letzteren Orte Lieferungsverträge von Seiten Krupp's abgeschlossen. Auch englische Kohle, und zwar 10,000 Ctr. zum Preise von 49—50 Thlr. pro 100 Ctr., bezog Krupp eine Zeit lang. — Man sagt, daß eine große Anzahl Fabrikanten der hohen Kohlenpreise wegen im August einen Fabrikantenstrike in Scene setzen wollen, um die Preise wieder herunter zu bringen. — Ueber den Betrieb der Gruben theilt mir mein Gewährsmann mit, daß grade der Kern unter den Bergleuten, ungefähr 1/3, entweder an der Ruhr selbsterbeidet oder in seine Heimath nach Baiern, Kurhessen, Nassau & zurückgekehrt ist, und daß in Folge dessen kaum ein Drittel der Gruben und dieses auch nur von Kindern und Greisen nothdürftig im Betriebe erhalten werde. (Diese letzteren unserm Mainzer Korrespondent zugegangenen Privatmittheilungen stimmen allerdings nicht überein mit den neuesten Zeitungsnachrichten, nach denen der Essener Strike vollständig erloschen ist.)

**Breslau.** Am 29. Juli e. f. von Mitgliedern der sozial-demokratischen Arbeiterpartei einberufen, im großen Springerschen (Weißchen) Spale eine Volksversammlung statt, die von 1200—1500 Personen besucht war. Das Bureau wurde mit Mitgliedern der genannten Partei (Reiser, Dehne, Schmidt) besetzt. In der auf den Vortrag des Herrn Weiser „über Arbeitseinstellungen und die Wohnungsnoth“ folgenden Diskussion wurde der Antrag besprochen, die städtischen Behörden zur Abhilfe gegen die Wohnungsnoth aufzufordern. Alle Redner befürworteten den Antrag als das einzige Mittel, um die Massen von der Arbeitslosigkeit der Erwartung, soziale Verhältnisse durch die Behörden beseitigt zu werden, zu überzeugen, und in diesem Sinne wurde sodann eine Commission mit der Abfassung eines

Memorandum über die Wohnungsnot an die Breslauer Städtischen Behörden beauftragt. Den Rednern der Hirsch-Dunder'schen Gewerkschaften mußte wegen ihres propagandistischen Auftretens und auf Wunsch der Verwaltung mehrere Male das Wort entzogen werden.

**Breslau.** 1. August. In Folge der Einführung des neuen Polizeireglementes hat heute ein allgemeiner Streik der hiesigen Droßfabrikarbeiter begonnen.

**Berlin.** In einer am Dienstag den 30. Juli abgehaltenen Generalversammlung sämtlicher Tischlergesellen wurde beschlossen, für dieses Jahr eine Lohnhöhung von 16 1/2 % zu fordern. Die Forderung soll am 2. August den Meistern vorgelegt werden und wird deren Antwort das weitere Verhalten bestimmen.

**Regensburg.** den 22. Juli. Gestern feierte die hiesige sozialdemokratische Arbeiterpartei in den weiten Räumen des „Schwarzen Rammes“ ein Arbeiterfest. Aus der Mitte des großen Saalens ragte ein 52 Fuß hoher „Blutroser“ (wie die Gegner immer sagen) Mast empor, an dem eine 18 Fuß lange und verhältnismäßig breite rote Fahne, schwer und majestätisch, von der Sonnengluth transparent durchleuchtet, in den Lüften weithin sichtbar, spielte. Es war das erste Mal, daß in dem finstern Regensburg unsere Parteifarbe so öffentlich flatterte zur Freude unserer treuen Parteiangehörigen; die Feigen unter uns und unsere Gegner litten freilich bedeutend an moralischen Bauchschmerzen.

Für Cassalles Wäse war eine prächtige Laube decorirt und besand sich dieselbe — ein schöner Anblick — in einem wahren Blumenparterre.

Den Tag begünstigte das herrlichste Wetter und wechselten Musikpfeifen mit Reden und Declamationen, sowie Abtönen von anseuernden Arbeiterliedern.

Als der Abend hereinbrach, entsendeten hunderte von beleuchteten bunten Ballons ihr traumliches Licht und als es Nacht wurde, unterhielt die Menge ein schönes Feuerwerk, welches in mächtigen Feuergeräuschen dem menschlichen Geist die Sterne zu erreichen strebte.

Um 9 Uhr begann der Ball in dem mit den Namensschildern unserer hervorragenden Parteigenossen, grünen Gewinden, Fahnen u. reich decorirten Saale, welcher die großen Paare bis nach Mitternacht festsetzte.

Das Fest verlief in schönster Ordnung und wurde nichts gelästert und nichts geäußert zum großen Leide unserer Gegner. Wohl aber können jetzt dieselben, wie es möglich ist, daß die Proletarier feste abzuhalten verstehen, wie kaum die Bourgeoisie sie schöner und reichhaltiger bietet. Vorwärts mit vereinter Kraft!

**Gelbe.** Von dort erhält die Redaktion d. Bl. einen Mahnruf, für die Einigkeit der Sozialdemokraten zu wirken, der mit den Worten schließt: „In der Hoffnung, daß Sie es endlich einmal ernstlich mit der Einigung nehmen“ u. s. w. Die Redaktion glaubt diesen Vorwurf nicht verdient zu haben und verweist dieselben auf die Einsender auf sämtliche drei Jahrgänge dieses Blattes, worin sich der erschöpfende Beweis vorfindet, daß wir die Führer des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins niemals irgend angegriffen haben. Der Einsender des fraglichen Mahnrufs scheint die Geschichte unserer Partei noch nicht zu kennen, wenn er schreibt: „Bieten Sie nur die Hand zur Einigung und Ihre Partei zieht bestimmt nicht den Kürzeren, sondern die, welche das Anerbieten zurückweist — wenn man dies überhaupt wagen sollte.“ Siehe dagegen Korrespondenz Stuttgart in voriger Nummer d. Bl.

**Leipzig.** Die in Nr. 61 d. Bl. angekündigte und von den Vorständen der hiesigen Gewerkschaften-Krankenkassen einberufene Versammlung fand am Donnerstag, den 1. August, im Pantheon statt und war sehr zahlreich besucht. Die Enderufer legten der Versammlung nachstehende zwei Anträge an den Rath vor: „1) die Verordnung der Erhebung der Verpflegungsgelder für im städtischen Krankenhaus verpflegte Mitglieder der Gewerkschaften-Krankenkassen betreffend, aufzuheben und es bei den bisherigen Sätzen bewenden zu lassen; 2) die Einschreibegelder für im städtischen Krankenhaus verpflegte überhaupt in Wegfall zu bringen.“ Motiviert wurden diese Anträge nach den „Leipziger Nachrichten“ ungefähr in folgendem Sinne:

„Das Krankenhaus sei im Interesse des Staates und der Gemeinde und dazu da, zu verhindern, daß sich Krankheitsheerde bilden, indem es den Alleinlebenden Aufnahme gewährt; das Krankenhaus diene vorzugsweise wissenschaftlichen Zwecken, und seien es die Gewerkschaften, welche durch ihre mannigfachen Berufs-Krankheiten zur Ausbildung der Ärzte und dadurch zum Ansehen der Universität auf dem Gebiete der Medicin wesentlich beitragen. Die Krankenkassen treten für ihre Mitglieder der Verwaltung gegenüber ein, so daß sich letztere nicht um die Personen kümmern, dadurch die Verwaltung vereinfacht und das Krankenhaus vor Verlusten schützt, welche im andern Falle nicht ausbleiben würden, da die Aufnahme ins Hospital gesetzlich auch dann nicht verweigert werden kann, wenn dem Kranken die Substitutionsmittel fehlen. Durch die letzten Kriege sei den Kassen eine große Anzahl von Patienten erwachsen, um welche sich der Staat, welcher eigentlich die Verpflichtung hierzu habe, nicht bekümmere, da meistens erst nach dem Zurücktreten zum bürgerlichen Beruf die Folgen der ausgefallenen Kriegstruppen sich zeigen. In diesen indirekten Beiträgen zur Erhaltung des Krankenhauses komme noch, daß die sog. flottierende Bevölkerung seit einigen Jahren zur Communalabgabe in bedeutender Höhe herangezogen sei, folglich zu Allem, was Leipzig durch seine öffentlichen Anhalten, durch seine Gastfreundschaft u. s. w. nach Außen einen guten Ruf verschaffe, mit beitragen müsse, also auch zur Erhaltung des Krankenhauses als Mutteranstalt. Trotzdem der Gewerkschaft schon durch seinen Eintritt ins Krankenhaus dem Staate, der Gemeinde und der Wissenschaft diene und durch die städtischen Abgaben zur Erhaltung des Krankenhauses im Allgemeinen mit beitrage, soll er auch noch ein Eintrittsgeld bezahlen, welches theilweise zur Zahlung von Landeimen für Beamte verwendet wird; ein praktischer Nutzen sei hierbei nicht einzusehen.“

Es entspann sich nunmehr eine eingehende und lebhafteste Debatte darüber, ob nach Ablehnung des von Seiten der Krankenkassenvorstände eingebrachten ersten Vorschlags nochmals an den Rath gesuchweise zu gehen sei. War man nun einerseits der Ansicht, daß erst alle Mittel und Wege der Unterhandlung erschöpft sein müßten, bevor es rathsam sei, mit Energie vorzugehen, so meinte man dagegen von anderer Seite, daß, da bei der heutigen Zusammenkunft der städtischen Behörden die Redressirung der einmal beschlossenen Mehrbesteuerung nicht zu erwarten sei, es um so mehr die Eile gebiete, den diskretionären Weg der Unterhandlung zu verlassen und mit der ganzen Angelegenheit vor die Öffentlichkeit zu treten. Die Versammelten beschloßen denn auch in diesem Sinne und betrauten eine Kommission von drei Mitgliedern, mit Zugrundelegung der in der Vorlage enthaltenen Motive einen offenen Brief an den Stadtrath zu richten.

**Leipzig.** Der allgemeine deutsche Schneidertag, über dessen Gründung in Nr. 59 des Bl. berichtet wurde, verhandelte am 21., 22. und 23. Juli über folgende zur Tagesordnung gestellte Gegenstände: 1) „Unsere Stellung gegenüber der Meistertalition“. 2) „Das Confectionswesen und dessen schädlicher Einfluß auf unser Geschäft“. 3) „Der Normalarbeitstag“. 4) „Die Organisation“. — In Punkt 1 der Tagesordnung wurde nach längerer Debatte folgende von Daudisch (Wien) eingebrachte Resolution einstimmig angenommen: „In Erwägung, daß die angeregte Meistertalition für die Stellung der Arbeiter keinen schädlichen Einfluß ausüben kann, weil die angeordnete Maßregelung nur eine festere Organisation der Arbeiter zur Folge haben muß, erklärt der am 21., 22. und 23. Juli zu Leipzig abgehaltene Schneidertag: Beschlüsse, welche vom Meister-Congress in Berlin gefaßt werden, sind für die Arbeiter höchst gleichgültig und sie werden höchstens ein geringeres Zusammenhalten der Schneiderarbeiter zur Folge haben.“ — Der zweite Gegenstand der Tagesordnung wurde erledigt durch Annahme nachstehender von Baumann (München) und Kühn (Bremen) eingebrachten Resolution: „Da das Confectionswesen“) unserer vollen Ueberzeugung nach die besseren Geschäfte sowie die Arbeiter selbst ruinirt, auch verzinzelte Streiks dagegen kein genügendes Mittel sind, sondern die Befestigung dieser Uebelstände nur durch Um-

änderung der heutigen Produktionsweise in genossenschaftliche Arbeit erreicht werden kann, dies jedoch zur Zeit noch nicht durchführbar ist, so empfiehlt der allgemeine Schneidertag, vorläufig mit allen Mitteln dahin zu wirken, daß für die noch bestehenden Verhältnisse die Gruppenarbeit eingeführt, und dadurch die Aufhebung der Haus- und Stückarbeit angebahnt werde.“ Zu Punkt 3 der Tagesordnung kam man überein, zu erklären: „Der Schneidertag hält es für Pflicht aller Geschäftekollegen, für die Eringung eines durch Gesetz festgestellten Normalarbeitstages von 10 Stunden, und zwar mit Einschluß der Frühstücks-, Mittags- und Vesperzeit, von 7 Uhr Morgens bis 7 Uhr Abends dauernd, und mit Ausschluß der Sonntagsarbeit, thätigst einzutreten.“ — Zum vierten Gegenstand der Tagesordnung einigte man sich dahin: „Der allgemeine deutsche Schneidertag zu Leipzig beschließt, eine allgemeine Gewerkschaft der Schneider in Deutschland zu gründen; zu diesem Behufe ernannt er Leipzig auf ein Jahr zum Pionier, wählt ein Comité aus sieben Fachgenossen, welchem die Aufgabe obliegt, auf der Basis der vom Schneidertage angenommenen Grundzüge ein Statut zu entwerfen, dasselbe sämtlichen Schneidervereinen zur Zustimmung vorzulegen und nach Annahme desselben zur Constatirung der Gewerkschaft zu schreiten.“ — Die Militärarbeit anlangend, beschließt der Schneidertag, daß sämtliche Kollegen mit allen gesetzlichen Mitteln dahin wirken, daß die Militär-Deconomie-Handwerkstätten abgeschafft und die Militär-Schneiderarbeit in Zukunft von Civilhandwerkern angefertigt wird. Nr. Artikel 4 der preuß. Verfassung, welcher bestimmt, daß jeder Preuze vor dem Gesetze gleich sei, ist es unvereinbar, daß Personen, welche ihrer Körperconstitution nach nicht zum Militärdienste fähig sind, doch dazu herangezogen werden, weil sie Schneider, Schuhmacher oder Sattler sind. Auch hält es der Schneidertag für eine berechtigte Forderung, daß in den Zuschüßern keine Schneiderarbeit mehr angefertigt wird, weil der unbedeutende Arbeiter damit zu konfiriren völlig außer Stande ist.“ Dagegen wurde eine Resolution von Janon (Berlin), welche sich für die Errichtung von Einigungsämtern und Nachschlichtergerichten aussprach, mit allen gegen 3 Stimmen verworfen. — Nach Beschluß des Schneidertages werden alle Publikationen durch den „Volksstaat“, „Neuen Sozialdemokrat“ und „Gewerksverein“ erfolgen. — Schließlich haben wir noch zu berichten, daß der Delegirte für Magdeburg nicht Jahn heißt, wie in voriger Nummer gesagt wurde, sondern John.

**Leipzig.** Die Arbeitseinstellung der Hutmacher, welche im Januar d. J. in allen arbeiterfreundlichen Blättern bekannt gegeben wurde, hat nun in sofern ihr Ende erreicht, als augenblicklich nur noch vier Hutmacher in Folge dessen arbeitslos sind. Wir füglen uns demnach verpflichtet, den Freunden unter den anderen Gewerben, welche uns während dieser bedrängten Zeit unterstützt haben, unseren innigsten Dank hierdurch auszusprechen. Unterstützungen sind eingegangen: aus Lahr durch Herrn Bernel 3 fl., aus Mainz durch Herrn Heinrich Becker 4 fl., durch Herrn Koch 7 fl. 14 kr. Das Resultat der 6 Monate währenden Arbeitseinstellung ist ein für die Hutmacher durchaus günstiges, — wenn auch nicht an allen Orten, wo dieselbe zu gleicher Zeit stattfinden mußte, das gänzliche Durchgreifen der am 28. Januar 1871 gefaßten Beschlüsse zu verzeichnen ist. Gleichzeitig können wir im Interesse sämtlicher Arbeiter nicht unterlassen, eine Wahrnehmung, welche wir durch den Streik gemacht haben, bekannt zu geben, nämlich: daß an Orten, wo mehrere Fabriken bestehen, wir bedeutend leichter durchgedrungen sind, obwohl wir auch in einzelnen stehenden Fabriken unser Ziel erreicht haben.

Unser Ziel, wie es schon im Januar d. J. in den arbeiterfreundlichen Blättern bekannt gegeben wurde, war: den durch die beregte Arbeitseinstellung resp. Ausschluß sehr in Frage gestellten Central-Verein der Hutmacher zu behaupten und zu befestigen, — was auch vollständig gelungen ist, da der Verein heute ca. 2000 Mitglieder, deren Zahl sich täglich noch mehr, mit sehr geregelter Kassen- und Unterstützungsweisen, aufzuweisen hat.

Nun noch zurückkommend auf den so schwierigen Beginn dieser Arbeitseinstellung, (28. Dezember 1871) haben wir zu bemerken, daß 497 Hutmacher an 16 verschiedenen Orten Deutschlands zu gleicher Zeit die Arbeit niederlegen mußten, um sich nicht willenlos den betreffenden Fabrikanten zu fügen, und daß ein großer Theil 6 — sage fünf — Monate lang demzufolge außer Arbeit war. Selbstverständlich wurde hierzu eine bedeutende Summe zur Unterstützung notwendig.

Laut Quittungen des „Correspondent“ (Organ der Hutmacher) wurden an Unterstützungen bis jetzt verausgabt beinahe 13,000 fl. (7000 Thlr.).

(Um Aufnahme in alle arbeiterfreundlichen Blätter wird gebeten.) J. W.

### An die Parteigenossen.

Wir bringen nochmals in Erinnerung, daß alle Beschwerden über nicht prompte Ausführung aufgegebenen Bestellungen von Seiten der Expedition sofort an Unterzeichneten einzusenden sind.

### Die Verwaltungskommission.

Leipzig. J. A. Hadlich, Ritterstr. 43, II.

Einige Partisanen unter den hiesigen Parteigenossen streuen die böswillige Verleumdung aus, „ich sei vom Parteiaussschuß bezahlt, sonst würde ich mir nicht so viele Mühe um die Arbeiter geben“ und finden, wie in solchen Fällen fast immer, auch leichtgläubige Ohren. Ich ersuche nun sowohl den jetzigen, als den früheren (Braunschweiger) Ausschuß, im „Volksstaat“ gefälligst sogleich veröffentlicht zu wollen, ob ich jemals von der Partei etwas bezogen habe, oder beziehen wollte.

Ferner bitte ich die Parteigenossen Nord und Bendeck, dem hiesigen Hauptverein der Tischler Quittung über alle von ihnen entrichteten Parteibeiträgen zu ertheilen, denn diese Leute sind in ihrem Mißtrauen rein incurabel.

Vorstehende beide Punkte sind zur Rechtfertigung meiner Ehre dringend nöthig, und bezweifle ich nicht, daß die verehrlichen Parteigenossen dies mein Ansuchen realisiren werden.

Der Vertrauensmann:

Wibhelm Hof.

### Briefkasten

der Expedition: Schäfer, Martich 25 Gr. f. Abonn. II. Qu.; Schimmels, Mannheim das Porto beträgt 2 Thlr. 25 Gr.; Blasch, Rittelangau 16 Gr.; Kettel, Weimar s. Schriften 2 Thlr.; Schimmels in Mannheim s. Porto 1 Thlr.; Joch, Hannover f. Abonn. II. Qu. 20 Thlr.; Haase, Breslau f. Abonn. II. Qu. 12 Thlr. 24 Gr.; Schellier, Berlin f. B. St. pro Juli 4 Gr.; v. Fischer, Spandau f. Annonce 15 Gr.; Franz Ott, Paris: H. R. bezieht 4 Expl. Weid nicht erhalten; das Expl. kostet 1 Thlr. 8 Gr.; Buchbinderverein, Leipzig f. Annoncen 10 Gr.; Kelenapp, Fulda, f. Schriften 12 Gr.; Pfeiffer, Heide f. Annoncen 13 Gr.; Schiffmacher, Riebitzhausen f. Schriften 1 Thlr. 9 Gr.; Gladewitz, Bernau: Ihren Wunsch zu erfüllen, sind wir nicht im Stande; der Redaktion: W. Feld in Burgstein. Wenden Sie sich an den ersten Vorsitzenden des Weber-, Wicker- und Manufakturarbeiterbundes, Hr. Franz in Glauchau. Heideberg, Dresden: Maurer und Klempner, P. W. Stuttgart, Bendeck Hamburg: in nächster Nr.

### Für politisch Gemahregelte.

Von W. R. hier 8, Rgr.; von Dr. Angermann aus Hannover 10 Thlr.; von Pet. in Heide 1 Thlr. 17 Rgr.

### Volks-Verein Glauchau.

### Einladung zum Stiftungsfest.

Die Parteigenossen von Nah und Fern werden hierdurch freundlichst eingeladen, an unserem Stiftungsfest, welches am 11. August von Nachm. 3 Uhr an im Saale des Theaterlokals stattfinden wird, sich recht zahlreich zu beteiligen.

### Programm:

### Instrumental-Concert.

Festrede, von Herrn Kwasniewski und cont. Herrn Motteker aus Grimmitzhausen. Abends: Ball, Illumination, Feuerwerk u. s. w. Das Fest-Komitee (2) 1

\*) Wäre es nicht rathsam, daß die Hutmacher den Namen ihres (erst vor einigen Monaten gegründeten) Organs änderten, in Anbetracht, daß das seit Jahren bestehende Organ des Buchdruckerbunds schon den Namen Correspondent führt. H. d. B.

### Für Altona.

### Sozial-demokratischer Arbeiterverein.

Donnerstag, den 8. August, Abends 9 Uhr

### Versammlung

im Lokal bei Herrn Ebler, Nordernstraße Nr. 37.

Tagesordnung: Die Entwicklung des Sozialismus der letzten 20 Jahre, Ref.: Herr August Geib.

Gäste haben Zutritt. Das Erscheinen der Mitglieder ist unbedingt Nothwendigkeit. Der Vorstand.

### Für Spandau.

### Sozial-demokratische Arbeiterpartei.

### Versammlung

jeden Montag Abends 8 1/2 Uhr im großen Saale des Oberums.

Pünktliches Erscheinen der Parteigenossen ist Pflicht.

W. Fischer, Vertrauensmann.

### Für Breslau.

### Sozial-demokratische Arbeiterpartei.

Montag, den 12. d. M., Abends 8 Uhr

### Versammlung

im Saale des „Fürst Blücher“, Lehndamm Nr. 10.

Tagesordnung: Der Rainzer Congress. a) Berathung der Anträge. b) Wahl eines Delegirten.

Die Mitglieder werden aufgefordert, vollständig und pünktlich zu erscheinen. Gäste haben Zutritt.

### Frankfurt a. M.

Die Parteigenossen versammeln sich jeden Samstag, Abends 9 Uhr im Gasthaus zur Stadt Kreuznach, Dominikanergasse Nr. 10.

NB. Im Gastzimmer liegt der „Volksstaat“ aus.

### Für Augsburg.

### Sozial-demokratische Arbeiterpartei.

Samstag, den 10. August, Abends 8 Uhr

### Mitgliederversammlung

im Nebenlokale des H. Büchel, vormals Erdmannsdörfer, am mittleren Lech. Tagesordnung: Sozial-politischer Monatsbericht. Parteikongress.

Nur Mitglieder haben Zutritt. J. A.: G. Stollberg.

### Für Hannover.

### Sozialdemokratische Arbeiterpartei.

Sonabend, d. 10. August, Abends 8 1/2 Uhr im Lokale des Herrn Bartling, Knochenhauerstr. 59.

### Geschlossene Mitgliederversammlung.

Tagesordnung: 1) Sozialpolitischer Wochenbericht Deferent Buttkle, 2) Anträge zum Parteikongress, 3) Wahl eines Delegirten.

Die Parteigenossen werden aufgefordert, ohne Ausnahme zu erscheinen. Die Mitgliedskarten sind vorzubringen.

Der Vertrauensmann.

### Göttingen.

Nächsten Sonntag Abend: Zusammenkunft bei H. Thoma, Falkenwirth.

### Leipzig.

### Sektion der Tischler und Pianoortearbeiter.

Sonabend, d. 10. August: Versammlung bei Gög, Nikolai-

straße 51. Um zahlreiches Erscheinen bittet der Vorstand.

### Für Leipzig.

### Buchbinderverein.

Sonabend, den 10. August, Abends 8 Uhr

### Generalversammlung

in der Thiem'schen Brauerei, Tauchaerstraße

Tagesordnung: Cassenbericht, Erbschaft, Statutenrevision, Allgemeines. Das Erscheinen aller Mitglieder ist dringend nothwendig. Mitgliedskarten sind mitzubringen. D. B.

### Für Leipzig.

### Sozial-demokratischer Arbeiterverein.

Freitag, den 9. August, im Leipziger Salon.

### Tagesordnung:

Die Fabrikordnung, Referent Heidemann. Sozial-politischer Wochenbericht, Referent Hadlich. Der Vorstand.

### Für Leipzig.

### Sozial-demokratischer Arbeiterverein.

Donnerstag, den 8. August 1872, Abends 8 Uhr, im Leipziger Saal

### geschlossene Mitgliederversammlung.

Tagesordnung: 1. Wahl eines Schriftführers. 2. Wochenberichtsbericht des Kassierers. 3. Besprechung wichtiger Vereinsangelegenheiten.

Die Mitglieder werden auf die Pflicht des Erscheinens besonders aufmerksam gemacht. Ohne Mitgliedskarte hat Niemand Zutritt. Der Vorstand.

### Für Leipzig.

### Gewerkschaft der Holzarbeiter.

Versammlung der Festkomitee-Mitglieder Donnerstag, den 8. August, Abends 8 Uhr, in der Restauration von Kaiser, Dresdenstraße, vis-à-vis der Inselstraße. D. St.

### Der „Deserteur“.

dramatisches Zeitgemälde, welches früher mehrfach begehrt wurde, ist jetzt für 6 Rgr. durch mich zu beziehen. Leipzig. C. G. Seifert, Windmühlenstr. 23.

Soeben ist im Verlage der Expedition des Volksstaat erschienen:

### Die vierte Lieferung des Leipziger Hochverrathsprozesses

bearbeitet von den Angeklagten.

Ladenpreis der Lieferung 4 Rgr., durch die Expedition des „Volksstaat“ bezogen 2 1/2 Rgr.

### An die Leser des „Volksstaat“.

Von der unterzeichneten Expedition werden nachstehende Exemplare des „Volksstaat“ zu laufen gesucht:

1869. Nr. 1, 2 und 8.

1870. Nr. 1, 2, 17, 39, 40, 48, 49, 50 und 60.

1871. Nr. 1, 22, 23, 27, 29, 30, 34, 38, 40, 44, 45, 47, 49, 55 und 71.

Die Zusendungen werden per Kreuzband mit der Bemerkung der Adresse des Abenders darauf erbeten und der Betrag sammt Portorückvergütung sofort übermittelt.

Die Expedition des „Volksstaat“.

### Die Filialexpeditionen

werden ersucht, alle übrigen Exemplare von obenbezeichneten Nummern des Jahrganges 1871 einzusenden gegen Portorückvergütung.

Die Expedition des „Volksstaat“.

Leipzig: Verantw. Redakteur A. Ruth; Redaktion u. Expedition Hobestr. 4; Druck und Verlag v. F. Ebele.

Hierzu eine Beilage.

\*) Wir hätten gewünscht: der Schneidertag hätte statt dieses Ausdrucks „Confectionswesen“ gesagt. Dasselbe ist an sich kein „Unwesen“, sondern nur in der heutigen Produktionsweise ein Unterdrückungsmittel gegen die Arbeiter. Wenn die Schneider im sozialistischen Staat organisiert sein werden, dann werden sie durch Assoziation das „Confectionswesen“ in noch ausgedehnterem Maße betreiben müssen, als die heutigen Großhändler. Der Großbetrieb wird aber kein „Unwesen“, sondern eine Kulturfortschritt sein. Red. d. Volksst.

## Die angeblichen sozialen Theorien und die wirklichen politischen Bestrebungen des Herrn Bakunin.

### Vorwort.

Auf Seite 11 seiner Schrift „L'Empire Knouto-Germanique et la Révolution Sociale“ empfiehlt Herr Bakunin der Demokratie die Tugend des Misstrauens, „weil die Demokratie zu allen Zeiten das Opfer und der Geißel aller ehrgeizigen und intriganten Klassen und Individuen gewesen ist, die sie unter dem Vorwande, sie zu leiten und zum sicheren Hafen zu führen, abscheulich ausgebeutet und betrogen haben.“ „Ach“, klagt Herr Bakunin auf Seite 53 derselben Schrift, „man wird immer nur durch seine eigenen Leute verrathen. Die Revolution hatte 1848 wie 1793 ihre eigenen Vertreter zum Henkschuh!“

Herr Bakunin soll wenigstens in diesem Punkte dankbare Schüler an uns haben, denn wir werden, seinen guten Rath benützend, diesem „Vertreter der Revolution“ das herzlichste Misstrauen mit der größten Aufrichtigkeit entgegenbringen. Aus seinen eigenen Schriften soll im Folgenden zu beweisen versucht werden:

1. daß Herr Bakunin fälschlich behauptet, irgend eine revolutionäre Theorie oder Idee zu vertreten, vielmehr nach Bedarf heute diese, morgen eine entgegengesetzte Meinung vertritt, von denen die eine ebenso wenig revolutionär ist, als die andere;

2. daß allen seinen Publikationen nicht theoretische, sondern praktische, politische Bestrebungen gemeinsam sind, die er durch revolutionäre Phrasen zu verjüngen sucht;

3. daß diese politischen Bestrebungen zusammenfallen mit den politischen Interessen der russischen Regierung.“

Schreiber dieser Artikel ist der Person des Herrn Bakunin völlig fremd und indifferent und hegt gegen ihn keinerlei persönliche Abneigung. Nicht seine Person, wohl aber seine Bestrebungen sollen verdächtigt werden; mit welchem Erfolge, entscheide der Leser.

### I. Der angebliche Collectivismus des Herrn Bakunin.

Die letzte Nummer der Herzen-Dgareff'schen „Globe“, erschienen am 1. Dezember 1868\*\*, brachte einige kurz zuvor von Herrn Bakunin auf dem Friedenskongreß zu Bern gehaltenen Reden. In der zweiten Sitzung des Kongresses beantragte Herr Bakunin: „als die dringlichste Frage die der „égalaition économique et sociale des classes et des individus“ (ökonomischen und sozialen Nivelirung der Klassen und Individuen) als notwendig zur Verwirklichung von Gerechtigkeit, Freiheit und Frieden anzuerkennen und auf die Tagesordnung zu setzen.“ „Gute schöne Civilisation, ihr Herrn vom Westen“, sagte Herr Bakunin zur Motivirung seines Antrags, „auf die ihr uns Barbaren des Ostens gegenüber so stolz seid, ruhte von jeher und heute noch auf der ausschließlich physischen Zwangsarbeit einer ungeheuren Majorität, die mitten in allen euren Freiheiten klavisch bleibt, einer Majorität, die thierisch zu leben verurtheilt ist, damit eine kleine exklusive Minderheit menschlich lebe. . . Und diese monströse Ungleichheit der Lebensbedingungen in eurem System ist nicht etwas, was sich mit der Zeit von selbst verbessert, sondern liegt in dem Geiste dieser Civilisation selbst als ewige Nothwendigkeit, weil eure Civilisation wesentlich beruht auf der absoluten Trennung der geistigen von den körperlichen Arbeiten. Dieser Zustand kann nicht von Dauer sein. Die Arbeiter Europas, sich mehr und mehr vereinend, sind entschlossen, die Politik in ihre eigenen Hände zu nehmen; ihre Politik selbst zu machen, d. h. die Politik der Emanzipation der Arbeit von dem drückenden und gehässigen Joche des Kapitals. Sie wollen auch Menschen sein durch Intelligenz, Wohlstand und Freiheit. Sie wollen, daß es statt der bisherigen zwei Klassen nur noch eine einzige Gesellschaft gebe, die, auf die Gerechtigkeit und die Arbeit gegründet, Allen den gleichen Ausgangspunkt, gleichen Unterhalt, gleiche Erziehung und gleichen Unterricht in allen Graden des Wissens, dieselben Arbeitsmittel biete und — nicht durch Gesetze, sondern durch die Natur ihrer Organisation selbst — Jeden in gleicher Weise zwingt, so gut mit dem Kopfe als mit den Händen zu arbeiten.“ (Kolokol, 1868. Seite 211, 212.)

In einer zweiten, im Laufe derselben Sitzung gehaltenen Rede sagte Herr Bakunin u. A.:

„Weil ich die ökonomische und soziale Gleichmachung der Klassen und der Individuen fordere, weil ich mit dem Brüssler Kongreß mich für das Collectiv-eigenthum erklärt habe, hat man mir vorgeworfen, Communist zu sein. Welchen Unterschied, hat man mir gesagt, machen Sie zwischen Communismus und Collectivismus? Ich bin wirklich erstaunt, daß Herr Chaudey, der Testamentsvollstrecker Proudhons, diesen Unterschied nicht kennt. Ich verabscheue den Communismus, weil er die Verneinung der Freiheit ist und ich nichts Menschliches denken kann ohne Freiheit. Ich bin kein Communist, weil der Communismus alle Kräfte der Gesellschaft konzentriert und aufgehen läßt in Staate, weil er notwendig zur Centralisation des Eigenthums in den Händen des Staates führt, während ich die Abschaffung des Staates überhaupt will. Ich will die Organisation der Gesellschaft und des collectiven oder sozialen Eigenthums von unten nach oben durch die Stimme der freien Genossenschaft, und nicht von oben nach unten durch irgend eine Autorität. Indem ich die Abschaffung des Staates will, will ich die Abschaffung des persönlichen Eigenthums, das nur eine Staats Einrichtung, nur eine Conse-

quenz des Prinzips des Staates ist. In diesem Sinne, meine Herrn, bin ich Collectivist und durchaus kein Communist.“

Jetzt will ich sagen, was ich unter ökonomischer und sozialer Gleichmachung der Individuen verstehe. Die politische Gleichheit, die Gleichheit der politischen Rechte ohne die ökonomische, ist eine Pflge. Soll sie eine Wahrheit werden, dann müssen die ökonomischen Ursachen des Klassenunterschiedes verschwinden, — es muß das Erbrecht abgeschafft werden, welches die beständige Quelle aller sozialen Ungleichheiten ist. Es muß die Gesellschaft ein homogenes Ganzes darbieten, eine Organisation, geschaffen durch die Freiheit nach der Gerechtigkeit, in der es auch nicht den Schatten mehr von jener unfeligen Trennung der Menschen in zwei Klassen giebt. Es müssen alle Menschen zugleich intelligent und arbeitssam sein; keiner darf mehr leben können von der Arbeit des Andern; es müssen Alle in gleicher Weise in den Stand gesetzt und verpflichtet sein (il faut... que tous doivent et puissent également) ebenso gut von der Arbeit ihres Kopfes als von der ihrer Arme zu leben. Dann meine Herrn, aber nur dann, werden politische Freiheit und Gleichheit eine Wahrheit sein. Geben Sie allen Kindern, von ihrer Geburt an, dieselben Unterhalt-, Erziehungs-, Unterrichtsmittel, geben Sie dann allen so erzogenen Menschen dasselbe soziale Niveau, dieselben Mittel, ihre Lebensbedürfnisse durch ihre eigene Arbeit zu gewinnen, und Sie werden sehen, daß viele Unterschiede, die man für natürliche hält, verschwinden werden, weil sie nur die Wirkung einer ungleichen Vertheilung der Entwicklungsbedingungen sind. Verbessern Sie die Natur durch die Gesellschaft, machen Sie möglichst gleich für Alle (égalisez pour tous) die Entwicklungs- und Arbeitsbedingungen, und Sie werden viele Thorheiten, Verbrechen, Uebel zerstört haben. Wenn Alle nahezu dieselbe Erziehung, denselben Unterricht erhalten haben werden, wenn Alle, durch die Gewalt der Dinge selbst, gezwungen sein werden, sich zu associiren, um zu arbeiten, und zu arbeiten, um zu leben; wenn die Arbeit als das wahre Fundament jeder sozialen Organisation anerkannt, der Gegenstand der öffentlichen Achtung geworden sein wird, dann werden die Böswilligen, die Schmarotzer, die Dummen sich rasch vermindern und schließlich als Kranke betrachtet und behandelt werden. Das sage nicht nur ich, Herr Chaudey, sondern auch Ihr Lehrer Proudhon.“ (Kolokol S. 213, 214.)

In der folgenden (3.) Sitzung hielt Herr Bakunin eine dritte Rede, um die Unvereinbarkeit des Christenthums und der Religion überhaupt mit der menschlichen Moral darzuthun. Er sagte u. A. (Kolokol S. 216.):

„Die Anhänger der friedlichen Revolution durch den Unterricht, die sich heutzutage anstrengen, die Macht des religiösen Aberglaubens durch die bloße Propaganda der Kongresse, Vereine, Zeitungen und Bücher zu zerstören, täuschen sich sehr, wenn sie hoffen, durch diese Mittel allein schon ihr Ziel zu erreichen. Die Religion ist nicht lediglich eine Verirrung des Gehirns, sondern eine leidenschaftliche und beständige Protestation der ganzen menschlichen Natur und des unendlichen Reichthums des menschlichen Herzens gegen die Enge und das Elend der Wirklichkeit. In dieser Welt nur Dummheit, Ungerechtigkeit und Elend findend, schafft der Mensch mit seiner Phantasie eine eingebildete Welt, in die er seine Wünsche, seine Hoffnungen und sein Ideal versetzt. . . So ist die Religion entstanden und sie wird allmächtig sein, so lange Unvernunft und Ungerechtigkeit auf Erden regieren. Geben wir also der Erde zurück, was ihr gehört, das Blut und die Brüderlichkeit; zerstören wir den Triumph des Bösen mit allen Einrichtungen der Ungerechtigkeit, gründen wir die Brüderlichkeit, d. h. das gleiche Recht eines Jeden durch die Solidarität Aller, die Freiheit in der Gleichheit, — und die Religion wird keinen Existenzgrund mehr haben. Um also die Religion zu zerstören, genügt die bloße geistige Propaganda nicht. Die soziale Revolution ist erforderlich.“

Endlich, in der letzten (5.) Sitzung, nachdem der Kongreß die Bakunin'sche Resolution (die „Gleichmachung der Klassen und Individuen“), wie zu erwarten, abgelehnt hatte, erklärte Herr Bakunin seinen und seiner Freunde Austritt aus der Friedenskongreß und legte bei der Motivirung dieses Schrittes nochmals seinen Standpunkt dar. Er sagte u. A. (Kolokol S. 217):

„Ich bin Collectivist. Ich bin kein Communist, weil der Communismus das Eigenthum und die Allmacht des Staates einschließt und ich im Namen der Freiheit die Abschaffung des Staates, aller Staaten fordere. Aber ich bin für das Collectiv-eigenthum, weil ich überzeugt bin, daß, so lange das persönliche Erbrecht existiren wird, die Gleichheit des Ausgangspunktes, die Verwirklichung der ökonomischen und sozialen Gleichheit unmöglich sind. . . Die ökonomische und soziale Gleichheit, sagte ich, ist die Abschaffung der jetzt existirenden verschiedenen Klassen nicht nur in politischer Hinsicht, sondern auch hinsichtlich des Unterhalts, der Erziehung, des Unterrichts und der Existenz- und Arbeitsmittel, welche gleich sein müssen für Alle, damit alle in gleicher Weise genöthigt seien (obligés), zu arbeiten sowohl mit dem Kopfe als mit den Händen, und damit die Gesellschaft, befreit von dem Geburtsrechte, das sich heutzutage gesellschaftlich im Erbrechte verwirklicht, nicht mehr wie jetzt, in Arbeiter und Herren getheilt sei.“

Dies also ist der Berner oder Collectiv-Bakunin, der den Communismus verabscheut, weil er, der Communismus nämlich, „die Freiheit verneint.“ Wessen Freiheit? Die der unterdrückten Klasse unmöglich; denn unsere Arbeiter, die die ungeheure Majorität unserer abendländischen Civilisation bilden, sind ja nach Herrn Bakunin zu ausschließlich physischer Zwangsarbeit verurtheilt, sind Sklaven nicht nur, sondern befinden sich in einem thierischen Zustand (s. oben). Der Communismus kann also nicht ihre Freiheit verneinen, die gar nicht vorhanden ist, folglich kann er nur die Freiheit der anderen Klasse, die unserer Unterdrückten, bedrohen. Und Herr Bakunin verabscheut ihn? Wir dächten, das that Herr Chaudey auch. Indeß, Zwei thun oft dasselbe und es ist doch nicht dasselbe. Herr Chaudey stellt dem Communismus die Freiheit

gegenüber und meint dabei die Freiheit der Bourgeoisie, ihre Ausbeutungsprivilegien zu behalten. Herr Bakunin dagegen fürchtet umgekehrt, daß der Communismus nicht genügend aufdräume, und er fordert volle Freiheit für die Bourgeoisie, damit sie ihres Kapitals bequem entledigt werden könne. Der Communismus ist ihm nicht radikal genug; darum ist er Collectivist und stellt der wissenschaftlichen Doctrin des Communismus eine andere, die des Collectivismus, gegenüber.

Die internationale Organisation des Proletariats ist zuerst, und zwar schon vor 1848, von den wissenschaftlichen Begründern des Communismus, den wissenschaftlichen Widerlegern des Proudhonismus, verlangt, angebahnt und vorhergesagt worden. Die prinzipiellen Unterlagen der Internationalen Arbeiterassociation sind fast wörtlich dem berühmten „Communistischen Manifest“ entnommen; alle praktischen Bestrebungen der Internationalen Association stimmen genau mit dem überein, was die Communisten als ihre nächsten Forderungen aufgestellt haben, und die Verfasser des Communistischen Manifestes standen an der Wiege der Internationalen Association, namentlich Karl Marx, der in seiner Inauguralrede ihre geschichtliche Nothwendigkeit und die Bedingungen ihrer Entwicklung darlegte. Wenn also irgend eine Theorie als die der Internationalen bezeichnet werden könnte, so wäre es nur die communistische. Aber die Internationale ist keine theoretische Gesellschaft, keine Schule, sondern eine praktische, politische Verbindung zu bestimmten Zwecken. Sie kann und will deshalb nicht den politischen und sozialen Glauben ihrer Mitglieder prüfen und kontrolliren, sondern nimmt Jeden auf, der gesellschaftlich qualificirt ist und verspricht, ihre Ziele zu fördern. Sie verwirft Niemand, so lange er diese Qualification besitzt und den Zielen der Verbindung nicht zuwider handelt.

Aber was in aller Welt ist das für eine Theorie, für eine Schule, zu der er sich bekennt, dieser „Collectivismus“, durch welchen die Gleichmachung der Klassen und der Individuen“ und „die Abschaffung des Staates“ bewerkstelligt werden soll, und für welchen sich, nach Herrn Bakunin, auch der Brüssler Kongreß der Internationalen ausgesprochen haben soll?

Der Brüssler Kongreß hat erklärt, daß in erster Reihe Eisenbahnen, Bergwerke und in zweiter Reihe Grund und Boden überhaupt der Ausbeutung durch Einzelne entzogen und Collectiv, d. h. nach den ausdrücklichen Erklärungen der Antragsteller — Staats-Eigenthum werden sollten. Er hat also Beschlüsse gefaßt, die „nothwendig zur Centralisation des Eigenthums in den Händen des Staates führen“; weit entfernt, für die „Abschaffung des Staates“ zu plädiren, wollte der Brüssler Kongreß den Staat stärken und verbessern, aus einer bloßen Organisation zum Schutze des Privateigenthums Weniger umwandeln in eine „Organisation der Gesellschaft und des collectiven oder sozialen Eigenthums.“ Nicht „durch irgend eine Autorität von oben“ — er hat sich an keine solche gewandt —, sondern durch den freien Volkswillen, den er als einzige Autorität kennt, ausdrücklich allerdings „durch Gesetze“ und nicht durch die abstrakte „Natur der Gesellschaft selbst.“

Hr. Bakunin hatte also, indem er sich auf Brüssel berief, die Frage des Herrn Chaudey, was er denn für einen Unterschied zwischen Communismus und Collectivismus mache, nicht abgethan, sondern erst gerechtfertigt. Und andererseits war er durch Nichts in der Welt berechtigt, für sein persönliches Zukunftsideal, das er unter dem Titel „Collectivismus“ vor dem Herrn in Bern entrollte, dem Brüssler Kongreß mit verantwortlich zu machen, dessen Beschlüsse, wie wir gesehen haben und, falls es Hr. Bakunin wünschen sollte, noch ausführlicher beweisen können, mit der „Abschaffung des Staates“ weniger als nichts gemein haben, weil sie das direkte Gegentheil dieser soi-disant „Idee“ enthalten. Wenn die Brüssler Beschlüsse in irgend ein System eingekigt werden sollen, so passen sie nur in den von Hr. Bakunin verabscheuten Communismus, zu dem sie, wenn man will, als der erste Schritt betrachtet werden können. Aber der Brüssler Kongreß wollte keinerlei ismus aufstellen, sondern lediglich zu einer praktischen und spruchreifen Frage Stellung nehmen.

Diese Abschweifung war nöthig, um die Internationale Arbeiter-Association vor jeder Verantwortlichkeit für die Bakunin'schen Ideen des „Collectivismus“ und der „Abschaffung des Staates“ zu verwahren. Geben wir nun auf die ihm eigenthümlichen Ideen, die er so großmüthig zu collectiven machen wollte, näher ein, indem wir uns genau an seine eigenen Worte halten.

Mit der friedlichen Revolution durch den Unterricht, sagte Hr. Bakunin in Bern, mit der bloßen geistigen Propaganda kann die Religion nicht zerstört werden. Dazu ist die soziale Revolution nöthig. Die Arbeiter wollen Menschen sein, ihre Politik selbst machen. Sie schaffen den Staat ab. Sie schaffen das Erbrecht ab. Sie schaffen überhaupt alle Gesetze ab, und bilden an Stelle der bisherigen zwei Klassen, von denen die eine, die der arbeitenden Sklaven, nach Herrn Bakunin nur körperliche, die andere, die Herrn, alle geistige Arbeit verrichtet, fortan nur noch ein homogenes Ganzes, eine einzige Gesellschaft, die nicht auf Gesetze, sondern „auf die Gerechtigkeit und die Arbeit“ gegründet, Allen gleichen Unterhalt, gleiche Erziehung und dieselben Arbeitsmittel bietet und — nicht durch Gesetze, sondern durch die Natur ihrer Organisation selbst — Jeden in gleicher Weise zwingt, so gut mit dem Kopfe, als mit den Händen zu arbeiten. In dieser Organisation, geschaffen, durch die Freiheit nach der Gerechtigkeit, in der es auch nicht den Schatten mehr von jener unfeligen Trennung der Menschen in zwei Klassen giebt, müssen alle Menschen zugleich arbeitssam und intelligent sein, (obgleich es keine Gesetze giebt, die die Faulheit bestrafen und die Dummheit und Bosheit unschädlich machen). Keiner darf mehr leben können von des Andern Arbeit, (obwohl der Schlangkopf, der es trotzdem noch fertig bringt, durch kein Gesetz genirt wird). Jeder wird in

\*) Das Kaiserreich der deutschen Krone und die soziale Revolution. Genf 1871. (In französischer Sprache.)

\*\*) Bereits ein Jahr zuvor hatte die „Globe“ (Kolokol) angekündigt, in russischer Sprache zu erscheinen. Herr Chaudey hat in der oben erwähnten Nummer: „Vor einem Jahre dachte ich, eine französische Ausgabe könnte den russischen „Kolokol“ ersetzen. Das war ein Irrthum. Unser wahrer Beruf war, unsere Gedanken anzukündigen, und unseren Todten die Todtenglocke zu läuten, nicht aber, unseren Nachbarn die Geschichte unserer Gräber und unserer Wiegen zu erzählen. Nur so wenig, als sie dies nur sehr mittelmäßig interessirte.“

\*) Bieles ist es für Herrn Bakunin und seine Freunde nöthig, hier zu bemerken, daß der Verfasser auch Marx und Engels nicht persönlich kennt.

gleicher Weise — aber nicht durch Gesetze — in den Stand gesetzt und verpflichtet, ebenso gut von der Arbeit seines Kupfes, als von der seiner Hände zu leben. Alle Kinder werden von ihrer Geburt an auf gleiche Weise unterhalten, erzogen, unterrichtet, jedoch ohne daß etwa ein Zwang gegenüber den Eltern bestünde. Alle so erzogenen Menschen (diejenige Generation, die die soziale Revolution macht, scheint noch nicht reif zu sein) erhalten dieselben Mittel, ihre Lebensbedürfnisse durch ihre eigene Arbeit zu gewinnen.

Alle werden gezwungen, sich zu associiren, um zu arbeiten, und zu arbeiten, um zu leben, — aber nicht etwa durch Gesetze, sondern durch die Natur der Dinge selbst (par la force même des choses.) Wenn die Arbeit der Gegenwart der öffentlichen Achtung geworden sein wird, dann werden die Böswilligen, Schmarotzer und Dummen sich vermindern, und die wenigen noch Uebrigen werden als Kranke behandelt, — natürlich nicht nach Gesetzen, sondern „durch die Gewalt der Dinge selbst“. So „gründen wir die Brüderlichkeit, d. h. das gleiche Recht eines Jeden durch die Solidarität Aller, die Freiheit in der Gleichheit!“

So Herr Vatutin in Bern, vor „Berichtern der geistigen Arbeit.“

„Alle alten Worte sind geblieben!“ citirt Hr. Vatutin auf S. 48 seiner Schrift „Das deutsche Knutenkreuz“ aus einer Jeremiade über die bonapartistische Partei in Frankreich. „Da redet man, wie immer, von Freiheit, Gerechtigkeit, Würde, Recht, Civilisation und Humanität; aber der Sinn dieser Worte hat sich in ihrem Munde völlig umgewandelt, und jedes Wort bedeutet in Wirklichkeit genau das Gegentheil von dem, was es auszudrücken scheint.“

Sollte nicht Herr Vatutin auch ...?

Doch wir werden ja leben, wie der knuto-germanische Vatutin mit dem Berner Collectiv-Vatutin umspringt.

## Festungsbriefe

von Karl Hirsch.

I.\*)

### Beschreibung und Geschichtliches von Hubertusburg.

Schon die zweite Woche bin ich nun in dem sächsischen Prytanion\*) für Socialisten, wo ich die Parteigenossen Zahlreich aus Dresden und Neu aus Reichenbach traf, die sich, der eine seit vier, der andere seit zwei Monaten hier befinden, beide auch wegen „Beleidigung des Bundesoberhauptes“ verurtheilt, der erstere für eine redactionelle Bemerkung über das Victoria-schießen, der letztere für Verbreitung eines allerdings nicht nationalliberalen Wahlauspruchs im vorigen Jahre. Hubertusburg hat vor 1848 Anhänger des „jungen Deutschland“ und des „Bunds der Geächteten“, in der Reaktionszeit zahlreiche Theilnehmer des Maiaufstandes\*\*), seit 1866 eine Reihe von Socialdemokraten beherbergt und würde, wenn Mücke vor Recht geht, wahrscheinlich auch das mehrjährige Domizil Liebnechts und Belbels werden. Schon aus diesem Grunde, hoffe ich, werden die Leser einige Notizen über die Dertlichkeit und ihre Geschichte nicht uninteressant finden.

Hubertusburg liegt 1/2 Meile südlich von der Station Dahlen der (alten) Leipzig-Dresdener Bahn auf dem waldigen Plateau des Oschager Höhenzuges zwischen Mulde und Elbe, am Rande der Müschener Haide, die schon im 17. Jahrhundert der Schauplatz glänzender und ergiebiger Jagden der sächsischen Churfürsten war, wegen ihres festen und ebenen Terrains besonders geeignet zu Parforcejagden befunden und namentlich von August dem Starken häufig zu solchen benutzt wurde. Dieser ließ in der unmittelbaren Nähe des Jagdschlosses und Dorfes Wermisdorf für den Kronprinzen Friedrich August das Jagdpalais Hubertusburg in demselben prunkvollen Stile errichten, wie die gleichzeitigen großartigen Prachtbauten in Dresden. Mehr als 700 Künstler und Handwerker, ungerechnet zahllose Bauern und Leibeigenen abgeschundene Frohnden, arbeiteten 21 Jahre hindurch (1722—42) an dem Bau, den von 1733 an Graf Brühl leitete, was schon genügt, um die große Pracht und Ueppigkeit, mit der er ausgeführt wurde, anzudeuten. In dem kunstvollen Garten, den Engelhardt in seiner „Erdbeschreibung des Königreichs Sachsen“ als einen der schönsten Sachsens bezeichnet, erhebt sich das Hauptpalais mit mehr als 100 Fenstern Front, mit dem reichen Hubertusaal, 160 Fuß lang, dessen Wände und Fußboden aus Marmor. Ueber das kupfergedeckte und mit zahlreichen Statuen geschmückte Dach erhob sich der schöne Thurm mit seiner kunstreichen Gallerie und gleichfalls mit Kupfer gedeckt. Dem Hauptpalais entsprach ein riesiges, von Straßen durchbrochenes Quadrat ebenfalls großartiger Seitengebäude und Pavillons mit zahlreichen Höfen, einer kleinen Stadt ähnlich, für die Hofbedienten, fremden Gäste, Jäger, Köche, Stallungen u. s. w.

Glänzende Jagden und Feste und was daran hängt, bilden nun die Geschichte von Hubertusburg, aber nur für eine sehr kurze Reihe von Jahren. Der Fürst, zu dessen Lust es bestimmt war, sollte seiner nicht froh werden. Die Vergrößerungs- und Verschönerungspläne Friedrich August II. durchkreuzte der Erbfolgekrieg (1744) und als im siebenjährigen Kriege der österreichische General Lasoy das Charlottenburger Schloß hatte plündern lassen, da befahl Friedrich „der Große“, nach der heute noch üblichen „Repressalienlogik“, Hubertusburg zu plündern.†) Das Freibataillon des Majors Guichard, genannt Quintus Jellius, vollzog diesen Befehl des damaligen Heldekönigs aufs Gewissenhafteste, indem es, kaum übertroffen von unserer großen Zeit, nur wenige Stunden brauchte, um mit den Borräthen, Brunkgeräthen, kostbaren Tapeten, Gemälden, Büchern, Teppichen, Lüstres und Wandspiegeln derart aufzuräumen, „daß bloß die nackten

Mauern übrig blieben“. Letzteres bemerkt mit gleichgültiger Kürze von Archenholz, der die Plünderung des Charlottenburger Schlosses so ausführlich beschreibt. Die Nachlese seiner Plünderung überwies der kassische Major den Berliner Hofjuden Ephraim Heine und Zieg, von denen er sich dafür mit 72,000 Goldgulden dotiren ließ. Diese damaligen Patrioten herabten den Thurm seiner großen Glocken, seiner kunstvollen Uhr, seines lupinernen Daches. Auch das Kupferdach des Schlosses und die Statuen wurden abgenommen. Aus dem Metall ließ Ephraim in der Pleißenburg zu Leipzig das nach ihm benannte schlechte Geld prägen, mit welchem Sachsen damals überschwemmt wurde. Die starkvergoldeten Schloßer und Bänder, Kiesel und Beschläge der Thüren und Fenster wurden gleichfalls abgerissen. Die schweren Vergoldungen an Thüren, Decken, Friesen und Wänden wurden durch Arbeiter aus Berlin abgetragen und chemisch zerlegt. Nur die Capelle blieb verschont.

Friedrich II. erwähnt bei der ausführlichen Beschreibung des siebenjährigen Kriegs, wie es dem Abgott und Vorbild der Droyßen und Sybel zukommt, der Plünderung des Schlosses Hubertusburg auch nicht mit einem Worte. „Ich erlasse (!) dem Leser“, schreibt er \*) „eine unendliche Menge kleiner Streifereien und kleiner Vorfälle, die eine Folge waren, sowohl der Erbitterung, welche diesen Krieg ganz eigenthümlich auszeichnet (?1813? 1871?), als auch des Verlangens, welches die geringsten Offiziere hegten, sich hervorzuthun“. Damit ist er über die Plünderung von Hubertusburg hinweggekommen, die er jedenfalls auch unter die „kleinen Vorfälle“ rechnet, denn Quintus Jellius, der sich dabei hervorgethan, wurde bald hernach zum Obersten ernannt.\*\*)

Als durch eine eigenthümliche Fügung des Zufalls im Dezember 1762 die Bevollmächtigten Oesterreichs, Preussens und Sachsens in Hubertusburg eintrafen, um dort den nach dem Schloße benannten „Frieden für ewige Zeiten“, der fast acht Jahre dauerte, zu vereinbaren, da war es schwer, für die Herren ein Unterkommen zu finden. Und noch heute begegnen dem Besucher neben den Denkmälern ehemaliger Pracht und Herrlichkeit überall die Spuren barbarischer Verwüstung.

Aber nicht bloß verwüstet sollte das schöne Jagdschloß durch den Krieg werden, sondern auch verpestet. 1813 diente es als großes Lazareth zuerst den Trümmern des sächsischen Heeres, dann den Franzosen, dann nach der Völkerschlacht bei Leipzig auch noch den Verbündeten. „Fürchterlich wüthete der Tod“, schreibt Bergsträßer\*\*\*), „unter den armen verwundeten und verstümmelten Kriegern. Viele gaben unter den barbarischen Operationen der französischen Wundärzte nicht selten an leichten Verwundungen den Geist auf und ihr Blut röthet noch jetzt den Fußboden des Magazins. Bei weitem mehr aber wurden ein Raub des Lazarethfiebers.“ Sieben bis acht Tausend sind hier gestorben. Natürlich konnte diese Masse von Leichen nicht gehörig begraben werden. Ich wüßte sonst keine Thatsache, auf die man die Erscheinung zurückführen könnte, daß die früher als gesund berühmte Gegend, obwohl hoch gelegen, mit gutem Trinkwasser versehen, nicht dicht bevölkert, fern von großen Städten und ohne Fabrikproletariat, dennoch von keiner Epidemie verschont bleibt und mit die größte Sterblichkeit in Sachsen, nämlich 5 Prozent jährlich aufzuweisen hat, während der sächsische Durchschnitt nur circa 3 Prozent ist. Die Lokalität hatte unter diesen Umständen ihre Reize als Lustaufenthalt für hohe Herrschaften verloren, zumal sie nach dem Verluste von Torgau u. s. w. nicht mehr in der Mitte, sondern an der Grenze des Landes lag, und wurde für passend zur Unterbringung zahlreicher Straf-, Heil- und Versorgungsanstalten erachtet.

Die Sterblichkeit der Detinirten in dem hier gewesenen Arbeitshause war übrigens geringer als die der benachbarten Bauernhöfe Wermisdorf und Redwitz.†)

So verkünden die Mauern und der große Friedhof von Hubertusburg den alten Horazischen Spruch:

„Quidquid delirant reges, plebetuntur Achivi!“  
welchen der wahrheitsliebende Seume so fernig übersezt hat:  
„Wenn sich die Könige raufen, müssen die Bauern die Haare lassen!“

**Pforzheim.** „Arbeiterzustände und Arbeiteraufwieglung in Pforzheim“. Unter dieser Ueberschrift bringt der „Pforzheimer Beobachter“ in Nr. 176 einen aus Nr. 21 der in München erscheinenden „Kritik“ entnommenen Artikel, in welchem der Verfasser der Welt weis machen will, wie leicht es sei, Goldwaarenfabrikant zu werden. Natürlich kann dabei der Verfasser nicht unterlassen, zu bemerken, daß die von den Arbeiter-Agitatoren aufgestellten Grundsätze wissenschaftlich unholdbar und praktisch undurchführbar seien und will er dies aus den Pforzheimer Arbeiterzuständen beweisen. Er sagt wörtlich:

„Die Pforzheimer Goldwaaren-Industrie wird größtentheils durch (mehr oder minder künstlerische) Handarbeit betrieben, neben welcher die Anordnung von Dampfmaschinen fast nicht in Betracht kommt. Zugleich sind die Lohnverhältnisse so beschaffen, daß der Arbeiter wöchentlicher von 7—10 fl., also durchschnittlich 14 fl. verdient. Da in der Goldwaaren-Industrie die Maschine fast gar keine Rolle spielt, so mit die Errichtung einer „Fabrik“ kein (s) großes Kapital voraussetzt, sondern in den kleinsten Verhältnissen angefangen werden kann, so hat der fleißige und sparsame Arbeiter eine fast unbeschränkte (?) Möglichkeit, sich selbstständig zu etabliren.“

„Und in der That, wenn man die Pforzheimer Fabrikanten durchmustert, entdekt man unter ihnen keine geringe Anzahl von solchen, welche als Arbeiter begannen und jetzt als wohlhabende Fabrikanten dastehen.“

Es ist ganz richtig, daß in der Goldwaaren-Fabrikation die Maschine keine so große Rolle spielt wie in den Spinnereien und Webereien. Unrichtig dagegen ist, daß es den hiesigen Arbeitern so leicht ist, sich mit durchschnittlich 14 fl. = 8 Thlr. Wochenlohn zum Fabrikanten emporzuschwingen. Der Lohn des weitaus größten Theils der hiesigen Arbeiter schwankt zwischen 10—14 fl., und nur sehr Wenige verdienen 18, 25 fl. und darüber.

Berechnet man nun im Verhältnis zu diesem Lohn die notwendigen Ausgaben, so stellt sich heraus, daß eine Familie mit nur zwei

\*) Hinterlassene Schriften Friedrichs II. 1788, Bd. IV., S. 76.

\*\*) Bergsträßer, die sächsischen Strafankstalten, insbesondere die zu Hubertusburg. Leipzig, 1844, S. 22. Dilem Buche verdanke ich einige Aunde über das Schloß, von welchem ich selbst noch sehr wenig gesehen habe, da das doppel vergitterte Fenster meiner Zelle auf einen kleinen Küchenhof hinausgeht. Seit kurzer Zeit sind unteren Treppen andere Stellen angewiesen worden, jedoch vorläufig nur provisorisch, welche nur Ein Witter und freundlichere Aussicht haben. Hubertusburg gleicht an Umfang und Bauart Rumpfenburg (bei München), sowie dem Lubnigburger Schloß und dem nördlichen Theile des Charlottenburger.

\*\*\*) S. 40.

†) Bergsträßer, S. 244.

Kindern in jetziger Zeit unbedingt 14 fl. braucht, ja daß diese nicht einmal recht reichen, um nur halbwegs menschenwürdig leben zu können. Freilich hat sich der Verfall der genannten Artikel nicht soviel Nähe gegeben, einen Vergleich zwischen den Einnahmen und den notwendigen Ausgaben eines Arbeiters zu machen, und soll es deshalb hier geschehen. Allerdings kann man hierbei nicht den Verbrauch einer Familie von 4—5 und mehr Kindern zum Maßstab nehmen, ebensowenig aber auch nicht den Verbrauch eines ledigen Arbeiters. Es sollen hier nur die Ausgaben einer Familie mit 2 Kindern in Betracht gezogen werden und zwar nach den am hiesigen Plage herrschenden Preisen.

Also Einnahme: 14 fl. Ausgabe: Für 2 K. Fleisch à 40 kr., 1 fl. 20 kr.; für Brod 1 fl. 52 kr.; für Suppen-Gemüse x. 1 fl. 32 kr.; für 1/2 K. Butter 34 kr.; für Milch 49 kr.; für Zucker, Kaffee x. 30 kr.; für 1 1/2 K. Mehl 27 kr.; für Eier 16 kr.; für Seife, Licht, Holz x. 1 fl. 16 kr.; für Verschiedenes 1 fl.; für Miete per Jahr 130 fl., 2 fl. 20 kr.; für Schuhmacher, Kleider, Wäsche x. 156 fl., 3 fl. Summa 15 fl. 6 kr. pro Woche.

Man ist also verurtheilt, eine Mehrausgabe von 1 fl. 6 kr. zu machen, welche die Familie auf irgend eine Art bei ihren Ausgaben ersparen muß, wenn sie keine Schulden machen will. Wo bleibt nun aber die Staats- und Gemeindesteuer? Wo das Schulgeld und so weiter? Auch hierfür muß eine Ersparnis in den Ausgaben eintreten, wenn nicht, was leider nicht immer zu vermeiden ist, Schulden gemacht werden sollen.

Wenn nun bei einigemmaßen menschenwürdigem Leben die Ausgaben die Einnahmen übersteigen, wo sollen dann die Ersparnisse, mit welchen man ein Geschäft anfangen kann, herkommen? Denn zum Anfangen muß ein Kapital, und wenn dasselbe auch noch so klein ist, vorhanden sein.

Wenn nun aber, was ja leider schon oft der Fall war, eine schlechte Zeit eintritt, in welcher der Arbeiter nur drei und vier Tage in der Woche oder am Ende einige Wochen gar nicht arbeiten darf, oder wenn eine Krankheit oder sonstiges Unglück in der Familie eintritt, was dann?

Zu ersterem Fall bleiben die Ausgaben die gleichen, und in letzterem werden sie sogar noch erhöht, während die Einnahmen sich verringern und manchmal sogar gänzlich wegfällt. Dadurch, wenn es ja einer Familie gelangen wäre, in guten Zeiten Einiges zurückzulegen, die mühsam erworbenen Ersparnisse wieder ausgezehrt werden und die Hoffnung des Familienvaters, nun bald Fabrikant zu werden, mit einem Schlag vernichtet wird.

Daß es nicht so leicht ist, Fabrikant zu werden, geht auch daraus hervor, daß sich die Zahl Derer, denen es gelungen ist, das Loth des Arbeiters abzuwickeln, d. h. Fabrikant zu werden, im Verhältnis zur großen Masse der Arbeiter in hiesiger Stadt, im allgünstigsten Fall berechnet, wie 1 zu 300 verhält, abgesehen von denen, die nicht im Stande waren, dem Trude und der Konkurrenz des großen Kapitals Stand zu halten und dadurch wieder in die Reihe ihrer früheren Kollegen zurückgeschleudert wurden.

Gesetztenfalls aber, die Einnahmen reichen zur Bestreitung der Ausgaben aus, zugegeben auch, der Arbeiter könne einige Ersparnisse machen, — wäre es dann ein Verbrechen, wenn er trotzdem nach einer Verbesserung seiner Lage strebt? Wenn er trotzdem seine Arbeitskraft zu einem höheren Tarif zu verwerthen sucht? Wenn der Arbeiter seine Arbeit so hoch wie möglich zu verwerthen sucht, so thut er nichts anderes als der Fabrikant und der Kapitalist, wenn diese ihre Kapitalien zum höchsten Zinsfuß anzulegen suchen. Also gleiches Recht für Alle! Allein die Bourgeoisie und mit ihr wahrscheinlich auch der Verfasser genannten Artikels verstehen ihr Sprichwort so: „Was uns recht ist, muß Euch billig sein“ Probatum est.

Was nun die Angriffe auf den „Genossenschaftler“ (Organ der Goldarbeiter x.) betrifft, so mag die Widerlegung demselben überlassen bleiben und soll hier nur noch der Schlussatz genannten Artikels erwähnt werden; derselbe lautet:

„So lange die Arbeiter nicht einsehen, daß Jeder, der aus der Agitation ein Geschäft macht, verdächtig ist, und daß Jeder, der öffentlich auftreten will, die nötige wissenschaftliche Bildung besitzen muß, werden sie eben einfach für fremde Zwecke, die sie nicht durchschauen, mißbraucht und noch dazu finanziell ausgebeutet.“

War dies nicht schon lange so? Waren nicht schon Christus und seine Apokalypse verdächtig und wurden deshalb verfolgt und ermordet? Waren nicht auch die Männer, die für die Abschaffung der Sklaverei, der Leibeigenschaft und der Feudal Herrschaft agitirten, verdächtig? Und doch ist zu Stande gekommen, was jene Männer erstrebten, und kein Mensch wird wohl jetzt noch behaupten, daß sie Unrecht hatten. Was die „nötige wissenschaftliche Bildung“ betrifft, so versteht der Verfasser genannten Artikels wahrscheinlich die Kenntniß der lateinischen und griechischen, überhaupt der todtten Sprachen darunter, oder vielleicht die Kenntniß der Schand- und Luthaten der geistlichen und weltlichen Despoten und Doppeltein vergangener Jahrhunderte; — was man, wenn ich nicht irre, Geschichtskennntniß nennt. Was schließlich das „Nichtbrauchen und Ausbeuten“ anbelangt, so fürchtet der Artikelschreiber wahrscheinlich, daß die Arbeiter endlich einsehen werden, daß sie bislang stets von der Bourgeoisie mißbraucht und ausgebeutet wurden, wie man ja bei Wahlen und dergleichen Angelegenheiten sich überzeugen konnte.

Deßhalb Kollegen, Männer der Arbeit, laßt Euch durch solche Artikel, welche nur darauf berechnet sind, Euch gegen die Männer, die Alles, oft Gut und Blut für Euch einsehen, mißtrauisch zu machen und unserer Sache zu schaden, nicht irre machen, sondern haltet nach wie vor fest und einig zur Sache; beachtet fleißig die Versammlungen und hört was die „verdächtigen“ Agitatoren sagen, hört, ob sie die Wahrheit reden oder ob sie lügen, und überlegt dann, wer es am Besten mit Euch meint. Denn nur durch Einigkeit, durch festes Zusammenhalten können wir unser großes Ziel erreichen. Darum Vorwärts zum Kampf für Freiheit, Recht und Menschenwürde!

V.

### Die Angelegenheit Imhof betreffend.

**Erfurt.** Bisher hielt ich es für meine Pflicht, über die mich berührende Angelegenheit zu schweigen, weil man sonst hätte glauben können, daß „der getroffene Hund bellt“. Allein jetzt scheint es mir doch, als wenn das Maß persönlicher Feindschaft und Ghabigkeit, welches man den Angreifern zur Zeit des Erfurter Kongresses eingeschloß, seinen Höhepunkt erreicht habe. Durch Alles, was bis jetzt über mich geschrieben und gesagt wurde, ist noch nichts gegen mich bewiesen. Was ich gethan habe, habe ich gethan im Interesse meiner Mitbewerber, die sich in Folge dessen zahlreich der Gewerkschaft angeschlossen haben. Es ist allerdings leicht, einer Person die Ehre abzuschneiden, jedoch nicht so leicht ist es, eine Gewerkschaft von 400 Mitgliedern binnen 4 Wochen zu vernichten.

Auf der Thüringer Landesversammlung in Apolda hatte man über mich gesprochen. Und wie es nun im gewöhnlichen Leben zugeht, so war man auch hier für das Schlechtere weit mehr eingenommen als für das Bessere, zumal das nun einmal angezündete Feuer von Erfurt aus mächtig geblüht wurde. Trotzdem vermochte man mich keiner Prinzipienverletzung zu überführen. Man achtete überhaupt nicht darauf, ob Delegirte, Parteigenossen oder Gewerkschaftsmitglieder da waren; man ließ vielmehr Leute, die zu gar nichts zählen, das große Wort führen. Man nun immerhin auch das noch zu entschuldigen sein, auf keinen Fall aber ist es zu billigen, daß auf die Aussagen solcher Leute hin ohne alle vorherige Untersuchung die betreffenden Beschuldigungen gegen mich geschleudert wurden.

Nun, Herr Müller in Weimar! Ihnen hat man gesagt, ich hätte zwar kein Hoch auf den Kaiser ausgebracht, aber die Waffenerfolge gepriesen; den Delegirten von Dresden, Chemnitz, Leipzig u. s. w. dagegen hat man das Erfurter gesagt. Wen hat man nun belogen? Ferner wurde, da eine Mitgliedschaft der Partei hier nicht besteht, dieselbe vielmehr vor zwei Jahren vollständig aufgelöst und verboten wurde, von dem Bevollmächtigten der Gewerkschaft der Holzarbeiter angefragt, wer den Delegirten die betreffenden Mittheilungen gemacht habe. Waren Sie es vielleicht? Unmöglich, denn Sie waren doch nur Delegirter. Also heraus mit der Sprache! Wer war der Oghrenjschler? Das ganze Dunkel in der Sache wird beseitigt, wenn diese Person genannt wird. Im Uebrigen erkläre ich hiermit, daß ich mich durch das bisherige Vorgehen gegen meine Person durchaus nicht hindern lassen werde, in derselben Weise wie früher für die Social-Demokratie auch weiterhin thätig zu sein.

H. Imhof.

Leipzig: Berantio, Redakteur A. Ruitz; Redaktion u. Expedition Gohsestr. 4; Druck u. Verlag v. F. Ebelt.

\*) Carl Hirsch ist am Sonntag aus der Haft entlassen worden. Der obige I. Brief ist im Mai von der Gefängniß-Censur beanstandet und an das Ministerium des Innern geschickt worden, welches das Durchgangsverbot aufrecht erhielt.

\*\*) Eine Versorgungsanstalt im alten Alben für Solche, die dem Volke Dienste geleistet hatten. Sokrates, von seinen Richtern gefragt, welche Strafe er selbst für sein Verbrechen (Hochverrath durch Aufwieglung und Verbreitung staatsgefährlicher Lehren) verdient zu haben glaube, antwortete: „Aufnahme ins Prytanion!“

\*\*\*) Der Letzte derselben war in den 60er Jahren Abvoikat Gauschild aus Baidan.

†) Archenholz, Geschichte des siebenjährigen Kriegs S. 198.